Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 81. Mittwoch, den 5. April 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Fleischnot und Volksernährung.

Seit einigen Jahren haben die Zollpolitik und die Grenzabsperrungsgesetze eine gewaltige Steigerung der Vieh- und Fleischpreise bewirkt, die vor allem in Arbeiterkreisen zur äußersten Einschränkung des Fleischkonsums nötigte. Die Regierungsvertreter und die Junkerblätter freilich leugnen mit frecher Stirn das Bestehen einer Fleischnot, und dann: wozu wäre es denn nötig, daß die Arbeiter Fleisch essen? Schwarzbrot ist ja gut genug für sie und außerdem viel gesünder! Auch die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung bläst in dasselbe Horn und sucht in einem Artikel am 5. März die Empörung der Bevölkerung über die Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen zu verhöhnen. Ist denn eine bestimmte Fleischmenge überhaupt für die Ernährung eines Menschen notwendig? „Die Wahrheit ist, daß der Meinsch eine erstaunliche Fähigkeit besitzt, sich den verschiedensten Ernährungsformen anzupassen.“ Die Statistik schätzt den Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Amerika auf 147, in England auf 117, in Deutschland auf 64, in Italien auf 27 Pfund jährlich. Welch ein Unterschied! Die moderne Physiologie kommt auch immer mehr dahin, die Notwendigkeit so großer Eiweißmengen zu verneinen und an Stelle dessen die Bedeutung pflanzlicher Nahrungsmittel zu betonen. „Eine gemischte Kost, die den Vegetabilien den ersten Platz einräumt, bedeutet jedenfalls die beste Volksernährung.“ Also bleibt von dem ganzen Geschrei über Unterernährung des Volks durch eine Fleischnot nichts übrig.

Ob die Junker diesen Freunden, die die Agitation gegen die Fleischnot mit der Betonung der Vorzüge pflanzlicher Kost widerlegen wollen, dafür dankbar sein werden, läßt sich bezweifeln. Denn wenn Fleischkost überflüssig ist, wäre auch das Argument der Junker, sie müßten Deutschland seinen Viehstand erhalten, hinfällig; und wenn die Menschen die Mahnung befolgen und das Fleischessen aufgeben, würden sie überhaupt mit ihrem Vieh sitzen bleiben. Aber die ganze Beweisführung zeigt, wie wenig der Autor in der Arbeitgeberzeitung, der den bedeutungsvollen Namen Felix Kuh trägt, von Volksernährung und ihren bestimmenden Ursachen versteht. Er glaubt offenbar, daß jeder Mensch nach Überlegung und freier Entschließung seine Nahrung auswählt. Nichts ist aber irriger als diese Auffassung und gerade die angeführten Tatsachen beweisen ihre Unrichtigkeit.

Mag der einzelne sich bis zu einer gewissen Höhe durch persönliche Wahl leiten lassen, für die Masse wird die Ernährung durch gesellschaftliche Kräfte bestimmt. Gewohnheit ist dabei ein starker Faktor; in jedem Lande bestehen eigene Gewohnheiten, die sich nicht so einfach ändern lassen, und denen der einzelne sich anzupassen hat. Der Unterschied im Fleischkonsum zwischen Amerika und Italien beweist nicht, daß die Amerikaner zu viel essen und sich mit einem Sechstel ihres heutigen Konsums begnügen könnten, sondern er zeigt, daß anstatt der einheitlichen physiologischen Ursachen verschiedenartige gesellschaftliche Ursachen die Ernährung bestimmen. Und es ist nicht allein die Tradition, die Kraft der Gewohnheit, die hier mitspielt. In erster Linie kommt hier die Herrschaft der Produktion über den Konsum in Betracht.

Eine alte beliebte Illusion bürgerlicher Volkswirtschaftler besagt, daß der Konsum über die Produktion gebietet. Die Menschen als Verbraucher sagen oder bestimmen, was sie nötig haben, die Produzenten beeifern sich, die richtigen Waren zu erfinden und zu produzieren, die diese Wünsche erfüllen, und so lebt die Gesellschaft in schönster Harmonie. In Wirklichkeit bestimmt die Produktion den Konsum; was produziert wird, wird mit allen Mitteln der Reklame den Konsumenten aufgedrängt; von allen Seiten drängen Produzenten und Händler auf das Publikum ein, anpreisend, schreiend, einander mit blendender Schaufensterbeleuchtung überbietend, die Käufer verlockend, die schließlich nichts anderes kaufen können, als was ihnen in großer Masse dargeboten wird. Was in Masse produziert und angeboten wird, bestimmt die Bedürfnisse der Masse. Der einzelne kann für seine speziellen Wünsche auf irgendeinem Gebiet in allen Geschäften herumsuchen, vielleicht findet er es, vielleicht auch nicht. Die Masse der Konsumenten ist angewiesen auf das, was massenhaft überall zu haben ist. Daher mag es im physiologischen Sinne vollkommen richtig sein, was mancher hervorragende Gelehrte behauptet, daß ein reichlicher Gebrauch von Obst und Gemüse viel besser ist als Fleisch; und der einzelne mag sich danach richten. Aber solange diese Artikel nicht massenhaft und billig zu haben sind, bleibt eine solche Erkenntnis für die tatsächliche Volksernährung wertlos. Diese Beherrschung des Konsums durch die Produktion soll natürlich nicht besagen, daß die Produzenten nach freier Willkür erzeugen können, was sie wollen, weil die Konsumenten es doch kaufen müssen. Sondern es bedeutet, daß eine Änderung in der Volksernährung von der Produktion und nicht von einer Propaganda unter den Konsumenten ausgehen muß. Wenn in den letzten Jahren z. B. der Bananenverbrauch steigt, liegt das nicht daran, daß endlich die europäischen Völker den Wert dieser Frucht eingesehen haben, sondern an der steigenden Produktion in den Tropen, die durch den speziell dazu eingerichteten raschen Transport massenhaft auf die europäischen Märkte geworfen wird.

Allerdings, ganz wirkungslos sind die Formen, die das Bedürfnis der Massen annimmt, nicht; die Produktion muß sich danach richten, was am meisten verlangt wird, während sie auf die Dauer den Menschen nicht Dinge aufdrängen kann, die diese nicht wollen. Aber die Gesellschaft erzeugt nicht bloß durch die Macht der Produktion, sondern auch durch alle andern Verhältnisse, die sie schafft, Bedürfnisse in der Ernährung, die der physiologischen Theorie zuwiderlaufen. Das schlagendste und bekannteste Beispiel dieser Art bietet der Alkoholkonsum. Nichts läuft der Gesundheitstheorie so zuwider, und doch wissen wir, daß hier nicht einfach Dummheit vorliegt, sondern daß die kapitalistischen Verhältnisse den Trieb zum Alkoholgenuß notwendig erzeugen, einen Trieb, den die voranstehenden revolutionären Arbeiter nur durch strenge Selbstbeherrschung töten können.

Dasselbe gilt aber auch für viele andere Nahrungs- und Genußmittel. Nicht nur ihr Wert als Nahrungsmittel, sondern auch ihre Wirkung als Genußmittel kommt dabei in Frage. Die Menschen leben unter dem Kapitalismus unter unnatürlichen und widerwärtigen Verhältnissen. Zusammengepfercht in Großstädten, in viel zu kleinen dumpfigen Räumen, zwischen Pflastersteinen und Mauern lebend, sind sie von der frischen freien Luft draußen abgeschlossen. Die viel zu lange Arbeitszeit inmitten von Maschinengedröhn und schlechter Luft, bis zum äußersten gehetzt, erschöpft die Nerven; das Großstadtleben mit seinem Lärm, seinen aufregenden Kämpfen, seiner Unruhe, läßt sie auch nicht zur Ruhe kommen. Auch die Bourgeoisie und die Intelligenz leiden da unter der aufreibenden Hetze des kapitalistischen Kampfes ums Dasein. Wer draußen auf dem Lande in einem Landhause mit leichter und ruhiger Arbeit inmitten der stählenden Frische der Natur lebt, der kann auch eine natürliche, den Lehren der Physiologie entsprechende Ernährung wählen. Aber das körperliche Unwohlsein, die nervöse Müdigkeit der Sklaven des Kapitalismus erzeugen ein Bedürfnis nach Genußmitteln, nach Reizen, das sich unter natürlichen, gesunden Lebensverhältnissen nicht einstellen würde. Was hilft es da, auf die Wertlosigkeit des Kaffees hinzuweisen und an Stelle dessen den Nährwert der Milch zu preisen? Keiner bezweifelt das. Wir wissen nicht, ob die Behauptung, daß gerade die Bestandteile des Fleisches für die Geist und Nerven erschöpfende Arbeit des Großstädters die beste Nahrung bilden, wissenschaftlich haltbar ist. Aber sicher ist es, daß Fleisch oft der einzige Bestandteil auf dem Mittagstisch des Arbeiters ist, der die Speise schmackhaft macht und den Appetit erregt, der sonst infolge Müdigkeit und Erschlaffung fehlt. In diesem Sinne darf man also ruhig von der Notwendigkeit des Fleischverbrauchs reden.

Wie eng der Fleischkonsum zum modernen Kapitalismus gehört, beweist die Tatsache, daß er in den kapitalistisch entwickelten Ländern, wie Amerika und England, am größten ist, und in den Großstädten viel größer als auf dem Lande. Mögen in den einzelnen Ländern auch historische Umstände mitspielen, und mag der Verbrauch der Großstädte zum Teil auf Rechnung der zahlreicheren Bourgeoisbevölkerung zu stellen sein, so zeigt doch auch die Erfahrung in neuen kapitalistischen Ländern, daß die schwere Fabrikarbeit zur Einführung des Fleischverbrauchs neben der alten vegetabilischen Nahrung führt. Damit bricht auch der ganze wissenschaftliche Apparat, den die Physiologen gegen die Fleischnotagitation aufmarschieren lassen, in sich zusammen. Nicht, weil sie vom Standpunkt der Ernährungslehre unrecht haben — das können wir nicht beurteilen —, sondern weil die Frage eine gesellschaftliche Frage ist, wobei die physiologischen Argumente kein Gewicht haben. Und wenn die „Arbeitgeberzeitung“ gegen uns anführt, daß der Fleischkonsum überhaupt in den letzten Jahren nicht abgenommen hat, so würde dies, falls es so richtig wäre, wie es falsch ist, gerade für uns und gegen sie beweisen. Denn das würde zeigen, daß das Bedürfnis nach Fleisch sogar durch höhere Preise nicht zu unterdrücken ist; also die Fleischteuerung nicht die Entsagung eines Luxusartikels, sondern eine schwere Belastung der Volksmassen bedeutet, die notwendig die Einschränkung anderer Lebensbedürfnisse mit sich bringt.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag beendete am Dienstag in einer langen Sitzung die dritte Lesung des Etats. Ohne Debatte erledigt wurden von den größeren Etats Reichsjustizamt und Kolonialamt nebst Schutzgebieten. Zuerst kam der Militäretat heran. Zahlreiche und sehr verschiedenartige Schönheitsfehler an unserem herrlichen Kriegsheer wurden von den Genossen Kunert, Zubeil, Leber, Noske gerügt. Sehr heiß ging es her beim Marineetat. Das System Tirpitz wurde von den Genossen Severing und Noske scharf ins Gebet genommen. In die Debatte mischte sich neben dem Hausdampf in allen Gassen Erzberger auch der Jahnschauer, der mit seiner Kasernenhofstimme ein paar hurrapatriotische Phrasen ins Haus brüllte. Die Linke errang einen schönen Erfolg, indem sie die in zweiter Lesung mit schwacher Mehrheit abgelehnte Wiederherstellung der vollen Heizerzulage durchsetzte. Mit 162 gegen 116 Stimmen wurde der Wiederherstellungsantrag angenommen. Trotz Herrn Erzberger stimmte ein großer Teil des Zentrums dafür. Die Sache war eben etwas brenzlich und nicht jeder Zentrumsmann hat einen so bombensichern Wahlkreis, wir der Jüngling aus dem Schwabenlande. Beim Reichsschatzamt trat Genosse Schöpflin warm für die Veteranen ein; beim Reichseisenbahnamt rügte Genosse Hengsbach die gefährdeten Zustände des Duisburger Bahnhofes, die schon zu manchen bösen Unglücksfällen geführt haben.

Der Etat der Reichspost gab den Genossen Zubeil und Eichhorn Gelegenheit, erneut auf arge Mißstände im Stephansreiche hinzuweisen. Und ganz zuletzt kam noch eine Kalidebatte. Schatzsekretär Wermuth bezeichnete eine Untersuchung über die Frage, ob der Bund der Landwirte von seiner Verkaufsstelle mit oder ohne Gegenleistung die benannte Zuwendung empfängt, also ob diese Zuwendung schenkungssteuerpflichtig sei oder nicht, als ein unbefugtes Eindringen in die Rechtsverhältnisse einer Privatperson, wovor der Fiskus mit mimosenhafter Scheu zurückschreckt. Endlich nach zehn Stunden war man mit der dritten Lesung des Etats fertig. So übermüdet war das Haus, daß die Polen für einen hakatistischen Antrag aus Versehen stimmten. Ein Aufatmen ging durch das Haus, als man endlich in die Ferien gehen konnte.

Am 2. Mai kommt nun also die Reichsversicherungsordnung an.

Einen großen Bettel für die Veteranen

beabsichtigt das Zentralkomitee des preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz am 16. Juni d. J. für ganz Preußen in Szene zu setzen. Es soll das in der Form eines sogenannten „Kornblumentages“ nach Art des in verschiedenen Städten durchgeführten Margueritentags geschehen. Den 16. Juni hat man als besonders geeigneten Termin für die Schnorrerei erkoren, weil, wie das Wolffsche Bureau mitteilt, dies „bekanntlich der Tag ist, an welchem im Jahre 1871 unsre siegreiche Armee — an der Spitze der Heldenkaiser Wilhelm der Große — den feierlichen Einzug in Berlin hielt“. Der Reinertrag des Bettels, an dem sich neben den preußischen Organisationen des Roten Kreuzes auch die Kriegervereine und der reichsverbändlerische Vaterländische Frauenverein beteiligen, soll zur Bewilligung freier Brunnen- und Badekuren an hilfsbedürftige Kriegsveteranen, zum Ausbau der Veteranenheime des Roten Kreuzes und ähnliche Zwecke verwandt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft gegenüber dieser Bettelei die Taschen fest zuhalten wird. Soweit die noch lebenden Teilnehmer der Kriege von 1866 und 1870/71 sich wirklich in einer Notlage befinden, ist es Sache des Reichs, hier einzugreifen, und der Reichstag hat ja auch erst kürzlich fünf Millionen von dem zu erwartenden Ertrag der Reichswertzuwachssteuer als Veteranenunterstützung bewilligt. Wenn die Bourgeoisie darüber hinaus das Bedürfnis empfindet, zugunsten der Veteranen ein übriges zu tun, so ist das ihre Sache; die Arbeiterschaft aber hat keine Ursache, dem reaktionären Landsturm der herrschenden Klassen in den Kriegervereinen ihr Geld zuzutragen, zumal die kapitalistische Gesellschaft für die Hunderttausende von Opfern, die alljährlich auf dem Schlachtfeld der Arbeit fallen, keinen Finger rührt.

Zur Reform des Strafrechts.

Am Dienstag nachmittag trat im Reichsjustizamt die Kommission zur Reform des Strafrechts zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Sie hat die Aufgabe, auf Grund des im Jahre 1909 veröffentlichten Vorentwurfs eines Strafgesetzbuches einen verbesserten Entwurf auszuarbeiten. An Stelle des verhinderten Staatssekretärs des Reichsjustiz-

amtes führte der frühere Ministerialdirektor im preußischen Justizministerium Geheimrat Dr. Lucas den Vorsitz.

Aus dem preußischen Herrenhause.

Das Herrenhaus stimmte am Dienstag dem Gesetze zu, durch das für taubstumme und blinde Kinder die Schulpflicht eingeführt wird. Ein konservativer Antrag, der den Staat verpflichten wollte, für die den Provinzen aus der Fürsorge für solche Kinder entspringenden Ausgaben Beiträge zu leisten, wurde auf den entschiedenen Widerspruch der Staatsregierung hin abgelehnt.

Zu einer sehr interessanten Debatte kam es bei dem Gesetze über die ländlichen Fortbildungsschulen. Von verschiedenen Seiten wurde den reaktionären Gelüsten der Herrenhäusler Ausdruck gegeben. Feldmarschall Graf v. Haeseler beantragte sogar, daß alle Preußen bis zum 18. Lebensjahre fortbildungsschulpflichtig sein sollten und daß sogar an den Sonntagen mit Ausnahme der Zeit des Hauptgottesdienstes Unterricht zu erteilen sei. Graf Hohenthal erging sich in wütenden Angriffen gegen die Sozialdemokratie und behauptete, daß durch die sozialdemokratischen Turnvereine und durch das Organ der Jugendlichen, die „Arbeiterjugend", den jungen Leuten schlüpfrige und aufreizende Lektüre geboten werde. Fast wohltuend berührten nach solchen Reden, in denen natürlich auch die Einführung des Religionsunterrichtes für Fortbildungsschulen verlangt wurde, die Ausführungen des früheren Oberpräsidenten von Schlesien, des Grafen v. Zedlitz, der erklärte, daß man mit Fortbildungsschulen allein nur den Zweck verfolgen dürfe, die Jugend auf dem Lande mit höherer Bildung zu versorgen, als es durch die Volksschulen getan werde. Die Regierungsvorlage wurde schließlich angenommen; der Antrag Haeseler abgelehnt. — Eine Resolution des Grafen v. Droste-Vischering, die fordert, daß in den Fortbildungsschulen auch Fortbildung in der Religion betrieben werde, wurde angenommen, nachdem sie vom Kardinal Dr. Kopp befürwortet worden war.

Das Herrenhaus erledigte dann noch kleinere Vorlagen.

Ein deutscher Reichstagsabgeordneter als französischer Staatsbürger.

Der Großindustrielle Charles de Wendel hat sich das französische Staatsbürgerrecht wieder erworben. Die bürgerliche Presse tut sehr verwundert, daß er sein Mandat zum Deutschen Reichstag nicht niedergelegt hat. In Wirklichkeit hat er das nicht nötig, wenn er in Deutschland einen Wohnsitz behält und nicht ausdrücklich auf seine deutsche Staatsangehörigkeit verzichtet. So gehört z. B. der Herzog Arenberg, der im Reichstag Mitglied der Zentrumsfraktion ist, auch der belgischen Ersten Kammer als Mitglied an.

Abänderung der Fahrkartensteuer.

Die Fahrkartensteuer ist zu einem richtigen Schmerzenskind der Finanzverwaltung geworden. Was sie dem Reich bringt, das entzieht sie denjenigen Einzelstaaten, die sich im Besitz von Eisenbahnen befinden. Die nächste Folge der Fahrkartensteuer war die Abwanderung in die niedrigeren Wagenklassen und diese Abwanderung, die man zunächst nur als eine vorübergehende Erscheinung ansah, ist geblieben. Zu einer Beseitigung dieser Sondersteuer auf den Verkehr kann man sich aber nicht entschließen, und so soll eine Reform eintreten. Angeblich ist das Gesetz bereits fertig, doch soll es diesem Reichstag nicht mehr vorgelegt werden. Dazu hat man anscheinend guten Grund, denn die Reform soll darin bestehen, daß die Steuer für die erste Wagenklasse ermäßigt, dafür aber für die dritte Wagenklasse etwas erhöht werden soll. Vielleicht nimmt auch der mehrfach geäußerte Gedanke, die vierte Wagenklasse zu besteuern, greifbare Gestalt an. Jedenfalls bedeutet die angedrohte „Reform" wiederum eine Schröpfung der breiten Massen.

Liberale Einigungsbestrebungen.

Für die Provinz Pommern ist zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen eine Einigung erzielt worden. Den Nationalliberalen wurden die Wahlkreise Usedom-Wollin, Naugard-Rügenwalde, Pyritz-Satzig und Cammin-Greifenberg überlassen. Die übrigen Kreise werden von den Fortschrittlern mit Kandidaten besetzt. — Dagegen sieht es mit der Einigkeit der Liberalen in Thüringen noch sehr brüchig aus. Es kommen hier zwölf Wahlkreise in Frage, von denen bisher drei, nämlich Jena, Coburg und Greiz, von der Einigung ausgeschlossen werden mußten. In diesen Kreisen werden sich Fortschrittler und Nationalliberale feindlich gegenüberstehen. Auch in Sondershausen, das gegenwärtig nationalliberal vertreten ist, sind starke Differenzen hervorgetreten, und zwar namentlich deshalb, weil die Nationalliberalen in Nordhausen, dem Kreis des Abg. Dr. Wiemer, mit einem eigenen Kandidaten vorgehen wollen.

„Sozialdemokratische" Nationalliberale.

Der Partei „Drehscheibe" wird von ihren Widersachern doch recht übel mitgespielt. Die „Post" bezeichnet jetzt schon einen Teil der Nationalliberalen schlankweg als Sozialdemokraten. Das von den Scharfmachern ausgehaltene Blatt meint:

„Die Scheidung innerhalb der nationalliberalen Partei scheint aber doch weiterhin Fortschritte gemacht zu haben, indem sich der radikale Teil immer mehr der Agitationsmethode der Linken bedient, und sich damit von selbst der Sozialdemokratie nähert, denn die Sozialdemokratie ist überhaupt keine sachliche und in ihren Zielen und ihrem sachlichen Wollen ernst zu nehmende Partei, sondern sie ist die Partei der systematischen Verhetzung als solcher, und darin liegt ihre Kraft, ihre Gefährlichkeit und ihre Schwäche. Aber man wird deshalb jede Partei insoweit als sozialdemokratisch betrachten müssen, als sie sich derselben Methode zur Propaganda bedient, wie die sozialdemokratische."

Dieser Wutausbruch des Scharfmacherblattes ist hervorgerufen, weil einige Nationalliberale den Antrag unterzeichnet haben, die den Marineheizern genommenen Zulagen wieder herzustellen.

Unbequeme „Ladenhüter".

Die Feststellung, daß Herr Dr. Oertel, der Leiter der „Deutschen Tageszeitung", vor einigen Jahren in seinem Blatt energisch für die Erbschaftssteuer eingetreten ist, ist dem begeisterten Verehrer der Prügelstrafe furchtbar unangenehm. „Mit alten Ladenhütern hausieren gehen" — das ist die Antwort, die die „Deutsche Tageszeitung" auf die ihr peinliche Reminiszenz gibt. Außerdem behauptet sie, es habe sich damals um eine rein akademische Erörterung gehandelt, und zudem habe man dabei auch nur Millionenerbschaften im Auge gehabt. Die „Deutsche Tageszeitung" fährt dann fort:

„Aus dem ganzen Zusammenhange der Darlegungen müßte jedem klar werden, daß hier nur die Millionenerbschaften gemeint waren, die in Geld oder Geldeswert bestehen. Wenn es möglich wäre, die Gelderbschaften anders zu behandeln, als den immobilen Besitz, so wäre für eine rein akademische Erörterung der damals von der „Deutschen Tages-Zeitung" hingeworfene Gedanke erwägenswert. Wir überzeugten uns aber sehr bald, daß eine solche Scheidung undurchführbar sei. Deshalb haben wir uns, sobald die Frage der Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten akut wurde, mit voller Entschiedenheit gegen diese Ausdehnung erklärt und diesen unseren Standpunkt niemals preisgegeben."

Das letztere stimmt; von dem Moment an, wo die Agrarier in der Erbschaftssteuer eine Gefährdung des Familiensinnes entdeckten, hat die „Deutsche Tageszeitung" auf diese von ihr zuerst empfohlene Steuer nach Kräften losgeschlagen. Wie sie jetzt zugibt, nur deshalb, weil man die Gelderbschaften von den anderen nicht gut trennen konnte. Hätte man eine Bestimmung in das Gesetz hineinbringen können, wonach Erbschaften jeder Art steuerfrei bleiben, sobald Agrarier dabei beteiligt sind, dann hätten sich die junkerlichen Schnapphähne und mit ihnen die „Deutsche Tageszeitung" mächtig für diese Steuer ins Zeug gelegt.

Das neue hessische Wahlgesetz.

Die hessische Ständekammer nahm am Dienstag das neue Wahlgesetz an, das für Hessen das direkte Wahlrecht mit einem Pluralwahlrecht für Wähler über 50 Jahre bringt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 5. April.

Achtung, Tapezierer! Die Tapeziergehilfen Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten

Die außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern abend im Gewerkschaftshaus abgehalten wurde, war gut besucht. Der Vorsitzende gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung in anerkennenden Worten des verstorbenen Genossen Rohde, dessen Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Darauf erstattete der Genosse Bromme die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Einnahme betrug inkl. des Kassenbestandes vom vorigen Quartal 12 415,72 Mk., dem standen 3949,26 Mk. an Ausgaben gegenüber, sodaß am 1. April ein Kassenbestand von 8466,46 Mk. vorhanden war. Die Mitgliederbewegung zeigte einen Zugang von 491 und einen Abgang von 148, sodaß ein Mehr von 343 zu verzeichnen ist. Die Mitgliederzahl stieg von 4208 auf 4551. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Änderung des Statuts des Sozialdemokratischen Vereins. Von der Parteileitung wurden verschiedene Änderungen redaktioneller Art beantragt und gewünscht — da ein Neudruck des Statuts sich infolge der starken Vermehrung unserer Mitgliederzahl vernotwendigt — daß die Beschlüsse verschiedener Mitgliederversammlungen, die Abänderungen der Satzungen in sich schließen, in das Statut hineingebracht würden. Die Versammlung stimmte den vorgeschlagenen Abänderungen zu und beschloß ferner, daß eine weitere Vertreterin der weiblichen Mitglieder an den Sitzungen des Ausschusses teilnehmen kann. Bezüglich der Maifeier wurden die Vorschläge des Komitees angenommen, die folgendermaßen lauten: Morgenfeier im Vereinshaus. Nachmittags: Ausflug nach dem Lindenhof in Israelsdorf. Abmarsch 1½ Uhr vom Gewerkschaftshaus. Abends: Versammlung im Gewerkschaftshaus, verbunden mit Konzert und eventuell Aufführungen. Im Verschiedenen wurde auf Antrag aus der Mitte der Versammlung beschlossen, für das Parteisekretariat ein Telephon einzurichten.

Eine öffentliche Versammlung der Privatangestellten aller Kategorien fand gestern im Lokale „Monopol" statt. Referent war der Vorsitzende des Verbandes der Bureauangestellten Giebel-Berlin, der über den Entwurf des Privatangestelltengesetzes sprach. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht — etwa 300 Personen —, ein starkes Kontingent der Gegner, speziell der Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfen war ebenfalls erschienen, die sich als Debattenredner ihren Gauvorsteher Woltmann aus Hamburg verschrieben hatten. Giebel führte in längeren, höchst sachlichen Ausführungen der Versammlung die Mängel des geplanten Gesetzes vor Augen, wobei er besonders scharf Kritik an der Haltung des Hauptausschusses — der Vereinigung der gegnerischen Organisationen — übte, der bekanntlich die jammervollen Bestimmungen des Gesetzes akzeptiert, nur um nach außen hin zu zeigen, daß etwas für die Privatangestellten getan sei. Giebel wies an der Hand von Tabellen nach, daß die Leistungen der geplanten Versicherung weit hinter den Beiträgen zurücksteht und die meisten Privatangestellten niemals in den Besitz auskömmlicher Renten bringen wird. Auch sei keinerlei Selbstverwaltung gewährt. Dagegen empfehle es sich, die geplante Privatangestelltenversicherung an die Invalidenversicherung anzugliedern und diese entsprechend auszubauen. Redner führte dann weiter aus, daß die Gegner dieses Vorschlages lediglich aus Standesdünkel und völlig unsozialem Empfinden zu ihren Entschlüssen gekommen seien und belegte seine Behauptungen mit einigen dies charakterisierenden Aussprüchen des Führers der Deutsch-Nationalen Bechlys, der unter anderem in Berlin gesagt hatte, daß es nicht ihre Aufgabe sei, für die Minderbemittelten einzutreten, obwohl bekanntlich über 70 Prozent der Privatangestellten unter 2000 Mk. pro Jahr verdienen. Die Ausführungen Giebels fanden stürmischen Beifall. In der Diskussion trat nun Herr Woltmann von den deutsch-nationalen Handlungsgehilfen auf und suchte in bekannter Manier die Versammlung zu provozieren. Während er dreist behauptete, Giebel hätte nur mit Schlagworten gearbeitet, waren seine Ausführungen nur aus solchen zusammengesetzt. Was mußte da alles herhalten, die Abstimmungen der Sozialdemokraten im Parlament, die schlechte Bezahlung ihrer Angestellten, die Konsumvereine usw. usw. Jedenfalls waren seine Ausführungen mehr als dürftig und ohne sachliches Eingehen auf den Vortrag. Festgenagelt zu werden verdient aber sein Ausspruch: „Wir treten nur für die gelernten Privatangestellten ein." Ein Wort, das besser wie alles andere die Rückständigkeit dieser „Angestelltenvertreter" illustriert! Es war Giebel ein leichtes, diese dummen Ausführungen zu widerlegen. Er tat es auch gründlich und erntete wiederum die allgemeine Zustimmung der Mehrheit der Versammlung. Gegen 1 Uhr fand die Versammlung erst ein Ende, nachdem mit großer Mehrheit nachstehende Resolution angenommen worden war:

„Der Entwurf des Versicherungsgesetzes für Angestellte entspricht weder den Erwartungen der Privatangestellten noch den Versprechungen, die ihnen im Reichstage und in der Denkschrift des Reichsamtes des Innern vom 11. Juli 1908 gemacht worden sind.

Die im Entwurf vorgesehenen Leistungen sind viel zu niedrig und bleiben ganz beträchtlich hinter den bescheidensten Wünschen der Angestellten zurück. Die Geringfügigkeit der Leistungen muß um so mehr enttäuschen, als die Höhe der Beiträge die Grenze dessen erreicht — in den unteren Klassen sogar überschreitet —, was die Masse der Angestellten ohne bedenkliche Einschränkung der Lebenshaltung für eine staatliche Zwangsversicherung aufzubringen vermag.

Statt der erwarteten und versprochenen Selbstverwaltung ist in dem Entwurf eine durch und durch bureaukratische und entsprechend kostspielige Verwaltung vorgesehen. Gegen diese Verweigerung jedes maßgeblichen Einflusses der Versicherten muß besonders nachdrücklich protestiert werden, weil die gesamten Kosten von den Beteiligten selbst getragen werden sollen.

Der Entwurf versagt also gerade in den Punkten, die bisher als die größten Vorzüge der Sonderkasse hingestellt worden sind. Dazu kommen andere Mängel wie namentlich die Unmöglichkeit einer einwandfreien Abgrenzung des Personenkreises.

Das beweist, daß eine den Erwartungen der Angestellten entsprechende Lösung der Pensionsversicherungsfrage durch eine Sonderkasse nicht möglich ist. Demgegenüber zeigt die staatliche Invalidenversicherung, daß im Rahmen der allgemeinen Versicherung bei niedrigeren Beiträgen und anderen Berechnungsgrundsätzen die gleichen oder noch höhere Leistungen zu erzielen sind. Da somit die Grundlagen des Gesetzentwurfes verfehlt sind, fordert die Versammlung erneut die Erfüllung der Wünsche der Angestellten durch den Ausbau der Invalidenversicherung bei Gelegenheit der Reichsversicherungsordnung".

Wertvolle Zugeständnisse. Über das schlechte finanzielle Ergebnis des letzten Geschäftsjahres der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft und dessen Ursache sind unsere Leser ja unterrichtet aus Notizen, die dem Jahresbericht entnommen waren. Nun aber gab auf der Generalversammlung der Vorsitzende des Aufsichtsrates einige Erläuterungen, die im Jahresbericht nicht enthalten sind. So teilte er mit:

„Die Kosten für die Heranschaffung und Verpflegung der Ersatzmannschaften für die Streikenden hätten **30 000** Mark betragen. An Löhnen seien an diese Leute **25 000** Mark gezahlt worden, wofür aber nur geringe und auch noch recht minderwertige Arbeit geleistet worden sei."

Hier ist wieder einmal bewiesen, daß das Streikbrechergesindel nicht imstande ist, gute Arbeit zu liefern, und daß es sich, eben weil es so unfähig ist, nur durch Schmarotzen, ekelhafte Kriecherei und Streikbruch bei den Unternehmern halten kann. Wirklich tüchtige Arbeiter haben auch den Mut, ihre Überzeugung zu vertreten, die sind für Verrat an ihren Arbeitsbrüdern nicht zu haben und voll Verachtung blicken sie auf das Gesindel herab, das sich, wie ein ekles Gewürm, sei es offen als Streikbrecher, sei es in gelben Vereinen, zwischen sie und die Unternehmer drängen will. Der kluge Unternehmer wird sich allerdings die obigen Ausführungen des Aufsichtsrats-Vorsitzenden zur Warnung dienen lassen. Bemerkenswert ist auch die Äußerung des Vorsitzenden, daß infolge verspäteter Ablieferung zweier Objekte um ein Vierteljahr ein Zinsverlust von 35000 bis 40000 Mark stattgefunden habe. Demgegenüber ständen allerdings als Streikvergütung vom Verband deutscher Metallindustrieller 34 000 Mark. Im Grunde ihres Herzens haben die Machtprotzen wohl ohne Ausnahme die Aussperrung verwünscht, an deren Folgen sie noch lange zu tragen haben werden.

Richtiges Aprilwetter, bestehend in Regen, Sonnenschein, Frost und Schneefall, hat der gegenwärtige veränderlichste Monat des Jahres mit sich gebracht. Im ganzen Winter gab es kein Winterwetter; jetzt wo der Frühling und Sommer seinen Einzug halten soll, wo Busch und Strauch sich mit frischem Grün anmutig verschönen, wird alles in eine weiße Schneedecke eingehüllt. Fürwahr, die verkehrte Welt. Hoffentlich ist sie aber nicht von Dauer.

pb. **Bodenkammereinbruchsdiebstähle.** In einem Hause der Breiten Straße sind aus einer auf dem Boden belegenen Mädchenkammer am 4. d. M. mittels Aufbrechens einer Kommode gestohlen worden: 1 silberne Damenuhr mit kurzer silberner Kette, auf dem Zifferblatt der Uhr befindet sich ein Rosenkranz, 1 Siegelring mit einem grünen und zwei roten Steinen und 1 grünliches Portemonnaie aus Krokodilleder mit 1 Zehnmarkstück. — Im Laufe des gestrigen Tages sind in einem Hause der Mühlenbrücke drei Bodenkammern erbrochen und aus denselben gestohlen: 1 goldene Damenuhr mit der Fabriknummer 1444, langer goldener Kette, 1 goldener Ring mit einer Platte, in der die Buchstaben „E. P." eingraviert sind, 1 goldener Ring mit rotem Stein, 1 goldener Ring mit weißem Stein, 1 silberne Damenuhr mit Goldrand, 1 Sparkassenbuch der hiesigen Spar- und Anlehekasse mit einer Einlage von 55 Mk. und 2 Damenportemonnaies mit 8 Mk. bezw. 3 Mk. Inhalt.

pb. **Paletotmarder an der Arbeit.** Am 3. ds. Mts. gegen 7 Uhr abends ist aus einem Hause der Fleischhauerstr. ein Herren-Winterüberzieher von tief dunkelgrauer Farbe mit sogenanntem Fischgrätenmuster abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Überzieher hat dunkelgestreiftes Futter, schwarzseidenes Armelfutter und ist für eine sehr große, starke Person angefertigt. Unter dem Aufhängsel befindet sich der Name des Lieferanten Pülschen. — Am 4. ds. Mts., nachmittags von 1—1½ Uhr ist vom Flur eines am Pferdemarkt belegenen Hauses ein dunkelblauer, gut erhaltener Winterüberzieher mit schwarzem Sammetkragen, dunkelgrauem grünkariertem Futter und einem aus schwarzem Band bestehenden Anhängsel, das mit Metallösen befestigt war, gestohlen worden. In den Taschen befanden sich Briefe, Quittungen und 1 Paar braune Glacee-Handschuhe. Ferner aus einer Bürstentasche: 1 gute Kleiderbürste mit grauen Haaren und braunem Holz, 1 Möbelbürste mit Griff und schwarzen Haaren, 1 Kleiderbürste, rund gebogen, mit Messingbeschlag an beiden Seiten.

Der Dilettanten-Klub „Freiheit" veranstaltet am Palmsonntag, dem 9. April, im Konzerthaus Flora seinen letzten Theaterabend in dieser Saison. Zur Aufführung kommt das Lustspiel „Die Realisten" von Ernst Wiechert. (Siehe Inserat.)

Neues Stadttheater. Donnerstag kommt die Oper „Mignon" von Thomas zur Wiederholung. — Am Freitag geht bei kleineren Preisen außerhalb des Freitags-Abonnements Meyer-Försters wirkungsvolles Schauspiel „Alt-Heidelberg" zum letzten Male in Szene. — Am Sonnabend erscheint Verdis große Oper „Othello."

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, gelangt das mit so großem Beifall aufgenommene Lustspiel „Der König" von Caillavet und de Flers zur nochmaligen Aufführung.

---

e. **Stockelsdorf.** Eine öffentliche Volksversammlung findet am Donnerstag, dem 6. April, abends 8 Uhr, bei Paetau, Fackenburg, statt. Die Tagesordnung lautet: Die Kirche als Gegnerin der modernen Arbeiterbewegung. Das Referat hat Th. Fricke-Altona übernommen. Da freie Aussprache gestattet ist, steht zu erwarten, daß die Versammlung gut besucht wird.

Schönberg. Erschossen wurde der Privatier B. von hier auf der Lockwischer Feldmark gefunden. Er hatte sich am Mittwoch von Hause entfernt, um nach Lübeck zu reisen und von dort nach Lockwisch zu gehen, um Verwandte zu besuchen. Als er in den nächsten Tagen nicht zurückkehrte, stellte die Familie Nachforschungen an, die gestern abend zum Ziele führten. Unglückliche Spekulationsgeschäfte sollen den hier recht beliebten Mann zum Selbstmord gebracht haben. B. hinterläßt eine Ehefrau und zwei erwachsene Töchter.

Hamburg. Zur Bewegung der Straßenbahner. Eine überfüllte Versammlung der Straßenbahner nahm mit allen gegen etwa 50 Stimmen, die für einen sofortigen Kampf waren, folgende Resolution an: Die heute, am 3. April 1911, im Gewerkschaftshause versammelten Angestellten der Hamburger Straßenbahngesellschaft erklären sich bereit, die von der Direktion gemachten Zugeständnisse bezüglich Regelung des Lohnes und der Arbeitszeit als Abschlagszahlung auf die berechtigten Wünsche des Personals zu akzeptieren. Sie bedauern dagegen, daß die Direktion sich bisher weder dazu verstanden hat, ihren Widerstand gegen die Ausübung des den Angestellten gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes aufzugeben, noch für eine gerechte Vertretung des Personals in der Pensionskasse zu sorgen und auch den sonstigen berechtigten Wünschen in keiner Weise entsprochen hat. Ein derartiges Verhalten der Direktion ist nicht geeignet, den Frieden im Betriebe auf die Dauer herzustellen. Die Versammelten erklären, daß sie nach wie vor an ihren Forderungen und in bezug auf Koalitionsrecht, Vertretung in der Pensionskasse usw. festhalten. Sie beauftragen deshalb die Verbandsleitung zum Zwecke der Entscheidung über die endgültigen Maßnahmen eine weitere Versammlung einzuberufen, an welcher jeder im Betriebe der Straßenbahngesellschaft tätige Angestellte und Arbeiter teilnehmen kann.

Hamburg. Ein Deckoffizier über Bord gespült. Bei Übungen der zweiten Minensuchdivision auf der Unterelbe wurde ein Deckoffizier über Bord geschleudert und ertrank, trotzdem sofort alles zu seiner Rettung geschah. Auf welche Weise der Unfall entstanden ist, konnte noch nicht aufgeklärt werden.

Neumünster. Unfall mit tödlichem Ausgang. Der Fuhrwerksbesitzer Rathjen aus Wittorf fuhr mit einem Wagen Getreide nach Großen-Aspe. R. saß auf dem hinteren Teil des Wagens, während der Knecht das Gefährt leitete. Plötzlich bemerkte letzterer, daß der Wagen sehr schwer ging. Als er zusah, fand er R. in den Speichen des einen Hinterrades zwischen Axe und Rad. Beide Beine und der Brustkasten waren zerbrochen, so daß R. keinen Laut mehr von sich gab und nur mit vieler Mühe als Leiche zwischen den Rädern hervorgezogen werden konnte.

Kiel. Ein Todesurteil aufgehoben. Auf die Revision des Angeklagten wurde Montag vom Reichsgericht das Urteil des Schwurgerichts Kiel vom 17. Februar aufgehoben, wodurch der Schuhmacher Friedrich Hinrich Schild wegen Mordes und anderer Straftaten zum Tode und einer Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Die Aufhebung erfolgte wegen eines Prozeßverstoßes beim Ausschluß der Öffentlichkeit.

Kiel. Gerettete Schiffbrüchige. Vom Dampfer „Ferdinand" der Reederei Sartori u. Berger, Kapitän Kirchner, wurden in der letzten Nacht in Holtenau zwei Schiffbrüchige gelandet. Sie wurden auf offenem Boot zwischen Gjedser und Darserort treibend aufgenommen und gehören zur Besatzung des Stralsunder Seglers „Rapid", der, mit Klinkern auf der Reise von Landskrona nach Flensburg, gesunken ist, wobei der Kapitän Lockenwitz ertrank.

Meldorf. Gemeindewahlsieg. Bei der Gemeindevertreterwahl in Ammerswurth siegte unser Genosse August Hinz in der dritten Klasse mit 21 von 24 abgegebenen Stimmen.

Bremen. Opfer des Autos. An der Waller Chaussee wurde Montag nachmittag ein sechsjähriger Knabe von einem Automobil überfahren und getötet.

Aus der Partei.

Genosse Jakob Stern gestorben. Am Dienstag morgen starb in Stuttgart nach langem Leiden Genosse Schriftsteller Jakob Stern im 80. Lebensjahre. Ehemals jüdischer Rabbiner, kam Stern anfangs der achtziger Jahre zur Sozialdemokratie. Er hat in der württembergischen Sozialdemokratie jahrzehntelang eine führende Stellung eingenommen, hat eine ungemein reiche schriftstellerische Tätigkeit entfaltet und war besonders als gründlicher Marxkenner ein Künder der materialistischen Geschichtsauffassung und der Philosophie Spinozas. Als Mitglied der Programm-Kommission des Erfurter Parteitages hat er tätigen Anteil an der Schaffung des heutigen Programms genommen.

Polizeiliche Durchsuchungen fanden im Auftrage der Staatsanwaltschaft in Weimar, in der Redaktion der „Weimarischen Volkszeitung" in Jena, wie in der Redaktion und Druckerei der „Reußischen Tribüne" in Gera statt. Gesucht wurde nach dem Manuskript eines Feuilletons, das eine Gotteslästerung enthalten soll; gefunden wurde nichts.

19. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

k. r. Leipzig, den 3. April 1911.

Am Montag trat der Zimmererverband zu seiner 19. Generalversammlung zusammen. Es sind 119 Delegierte, Vorstand, Gauleiter und Vertreter der dänischen, österreichischen und ungarischen Bruderorganisationen anwesend. Außer den Berichterstattungen über die verflossene Geschäftsperiode stehen noch Tarifverträge und Stand des Bauarbeiterschutzes zur Tagesordnung.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes besagte, daß die Mitgliederzahl während der letzten zwei Jahre von 49 296 auf 56069 gestiegen ist.

Die Einnahme betrug (inkl. Kassenbestand von 1 803 795,38 Mk.) 6 649 885,15 Mk. Ihr steht eine Nettoausgabe von 4 750 013,73 Mk. gegenüber, sodaß ein Vermögensbestand von 1 899 869,32 Mk. verblieb. Die Hauptausgaben erstrecken sich auf folgende Posten:

Für Lohnkämpfe 2 178 786 Mk.
Für Arbeitslosenunterstützung 963 553 Mk.
Für Gemaßregeltenunterstützung 10 771 Mk.
Für Rechtsschutz 18 958 Mk., für Bauarbeiterschutz 2180 Mark, für Reiseunterstützung 45 275 Mk. und für verbranntes Werkzeug 3467 Mk.

Die Debatte über die Berichte der Verbandsinstanzen füllt den ganzen ersten Verhandlungstag aus. Es wird dem Vorstand darauf Entlastung erteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik der Kasseler Transportarbeiter hat nach zweitägiger Dauer mit einem Erfolg der Streikenden geendet. Allen ständigen Transportarbeitern und den Fahrburschen wurde eine wöchentliche Lohnzulage von 2 Mk. gewährt, außerdem wurden besondere Zulagen von 2 Mk. bezw. 1,50 Mk. für die bei Geldschrank- und Flügeltransporten beteiligten Leute bewilligt, sowie Vergütungen für Fuhren nach den Vororten und Mittagessen.

Die Töpfer in Küstrin haben die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Streik der Steinarbeiter in Koblenz. Am Montag, dem 3. April haben die in Koblenz beschäftigten Steinarbeiter die Arbeit eingestellt, da Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Arbeitsvertrages ergebnislos verlaufen sind. Von den Arbeitern war eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde gefordert worden, einige kleine Firmen haben dies bewilligt, nur die beiden Hauptfirmen: Hofsteinmetzmeister H. Pabst und Ww. Wilhelm Pabst weigern sich und wollen nur ab 1. Juli 2 Pfg. Zulage bewilligen. Zuzug ist fernzuhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

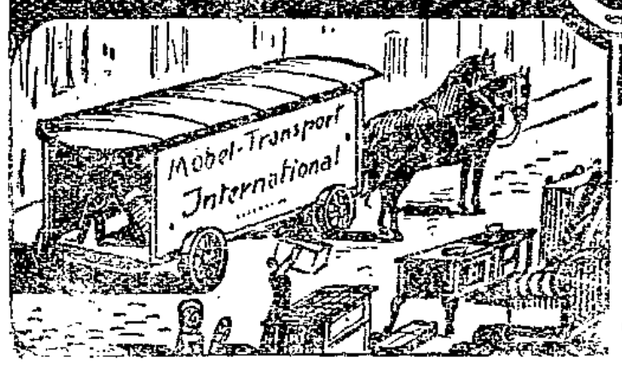
Das Urteil im Prozeß gegen die Lorraine Sportive wurde abends gegen 6 Uhr 20 Minuten verkündet. Es lautet gegen Samain wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs auf 6 Wochen Gefängnis und Veranstaltung eines Konzertes ohne polizeiliche Erlaubnis zu 4 Mk. Geldstrafe; der Staatsanwalt hatte 3 Monate beantragt; gegen Sehl wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs auf 4 Wochen Gefängnis; gegen Carl Marin und Lorenzer wegen groben Unfugs auf je 80 Mk. Geldstrafe; gegen Tourneais, Ernst Marin und Brachi auf je 30 Mk. Geldstrafe; gegen Nicola wegen Aufruhrs auf sechs Monate Gefängnis und 30 Mk. Geldstrafe wegen groben Unfugs; gegen Schneider wegen Widerstandes, Bedrohung und Bestechung auf sechs Monate Gefängnis. Den beiden letzteren wird die Untersuchungshaft angerechnet. In der Begründung führte das Gericht aus, daß die Veranstaltung als eine öffentliche anzusehen sei und ein gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch vorliege.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

Sitzung
der Gewerkschafts-Vorstände, die am Bauarbeiterschutz beteiligt sind,
Donnerstag, 6. April,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52.
Der Vorsitzende der bestehenden Bauarbeiterschutz-Kommission ist hierzu freundlichst eingeladen.
Die Kartellkommission.

Ziehen Sie um?



Dann decken Sie Ihren Bedarf in:
Gardinenkasten, Gardinenstangen, Portièrengarnituren, Rouleaubeschlägen, Bildernägeln, Schlössern usw., sowie Bürstenwaren u. Küchengeräten
gut und preiswert bei
J. F. B. Grube, am Markt.

Saubere Frau gesucht für Sonnabend morgens zum Reinmachen und im Monat einen Tag zum Waschen. Hüxstraße 38, Laden.

Ein Ziehhund u. Schäferhund
zu verkaufen.
Lohstraße 13, Stockelsdorf.

Eine gutsitzende Glucke
zu verkaufen. Friedenstr. 64, I.

Achtung!
Guter Mittagstisch
60 Pfg.
Schulstraße 9.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich
J. H. Borgstaedt und Frau.

Mehl, Hülsenfrüchte, Futterstoffe
Telephon 1733 **C. Breitstadt,** Beckergrube 61 Ecke Blocksquerstraße
Für die Osternkuchenbäckerei feinstes Weizenmehl stets frisch.

Als Bezugsquelle feinster
Salzheringe, Fischkonserven, Salzgurken, Käse 2c.
empfiehlt sich die Firma
H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge) G.m.b.H., Fischergrube 61.

Kein Warenhausfleisch.
Schlachte selbst, kaufe selbst und verkaufe selbst.
Nur 22 Fünfhausen 22 nur.
Schlachte diese Woche drei prima hiesige Rinder.
Rindfleisch
Schweinefleisch Pfd. **60** Pfg.

8ung! Neu eröffnet! 8ung!
Wullenwebers Restaurant, Mühlenstr. 46.
Rheinische Bauernschenke.
Nicht zu vergleichen mit schon hiergewesenen Bauernschenken.
Originellste Sehenswürdigkeit! Alles muß kommen! Sehen u. staunen! Tränen werden gelacht im Dorfmuseum! Täglich gr. Familien-Konzert. U. a.: Das beliebte Max-und-Gretel-Duett. Humoristische Bedienung.
Große America-Bar.
Hierzu ladet freundlichst ein **Christian, der Gemütliche.**

Maifeier-Komitee.
Donnerstag, den 6. April, abends 8½ Uhr
Sitzung im Gewerkschaftsh.

Allen Verwandten und Bekannten für die vielen Gratulationen und Geschenke anläßlich unserer Silberhochzeit danken herzlichst
Ludwig Haack und Frau,
Magdalena, geb. Schäding.
Lübeck, den 4. April 1911.

Zwei gut möblierte Logierzimmer zu vermieten, pro Woche 2.50 Mark.
Schulstraße 9.

Zu sofort oder später ein großes leeres Zimmer zu vermieten
Fackenburger Allee 67, Seiteneingang.

Zum 1. Juli eine Drei-Stuben-Wohnung zu vermieten. Pr. 200 M. P. Moll. Vorwerk b. Lübeck, Dorfstr.

Zu sofort oder später Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen zu vermieten. Näheres
Kottwitzstraße 38, pt., r.

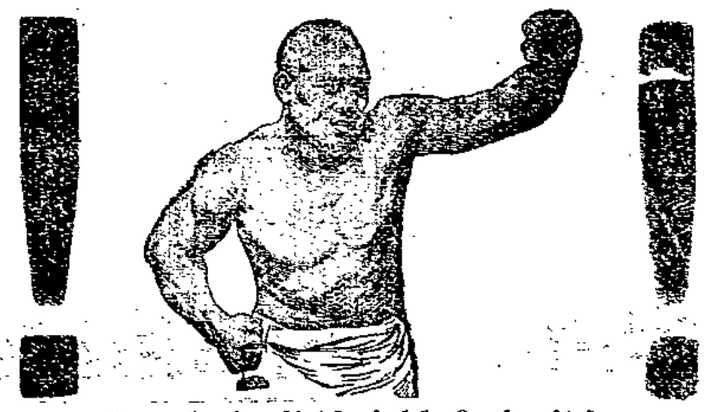
Ein kleiner Laden zu sofort zu vermieten. Näheres
Untertrave 4—5.

Gesucht eine Wohnung in der Stadt für zwei alte Leute. Angeb. unter L L 66 an die Exped.

Billige Bauplätze in der Kirchenstraße zu Rensefeld. Heinr. Soroe, Lübeck, Breite Str. 52 u. Schwartau.

Empfehlungskarten
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Ladies!! Gentlemen!!



Vom 6. April bis inkl. 9. April im
Biophon-Theater.
Einzige Tournee durch Deutschland!
Zwei Stunden in Amerika!
Der einzigste existierende sensationelle
Original-Boxer-Matsch
zwischen
Jack Johnson und **Jim Jeffries.**
Ausgetragen am 4. Juli 1910 in Reno (Amerika) vor 100 000 Zuschauern.
Ein Stück amerikanischen Volkslebens.
Fesselnd und hochinteressant für jedermann.
Spannendstes und größtes Sportereignis des Jahrhunderts.
Preise: Sperrsitz 1.20 Mk., I. Platz 0.80 Mk., II. Platz 0.50 Mk.
Man sichere sich schon jetzt Plätze im Vorverkauf!
Geschl. Vorstellungen Donnerstag u. Freitag v. 3-5, 5-7, 7-9, 9-11 Uhr. Sonnab. u. Sonnt. v. 2-4, 4-6, 6-8, 8-10, 10-12 Uhr.
Diese Riesenattraktion wurde noch nie in Lübeck gezeigt, und darf nur im Biophon-Theater zur Vorführung gelangen.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Als Konfirmations-Geschenke
empfehle
Uhren für Herren u. Damen,
Ringe, Ohrringe, Broschen,
Halsketten,
Armbänder von 1.35 Mk. an,
Uhrketten für Damen,
150 cm lang, von 2.50 Mk. an,
Manschettenknöpfe,
Schlipsnadeln,
sowie alle einschlägigen Artikel
zu billigsten Preisen.
Theodor Seidel
Uhrmacher u. Goldarbeiter,
Schwartauer Allee 53,
gegenüber der St. Matthäi-Kirche.
Eigene Reparatur-Werkstatt.
Trauringe z. billigsten Preisen

Konfirmationskarten
Große Auswahl.
Enorm billige Preise.
Zum billigen Laden
34 Fischergrube 34.

Vorzügliche Auswahl und
Neuheiten in
Kinderwagen,
Sportwag. u. Fahrstühlen
empfiehlt
J. Baade, Fackenburger Allee 34a.

Portwein,
Sherry,
Samos,
sowie
sämtliche anderen Weine,
Spirituosen und Liköre
anerkannt preiswert und gut
bei
Albert Koch
Obertrave 10. Fernruf 419.
Rote Rabattmarken.

Obstbäume, Erdbeerpflanzen,
Ziersträucher, Laubenpflanzen
Fruchtsträucher, Buchsbaum,
Rosen, beste keimf. **Sämereien**
empfiehlt zur jetzigen Pflanzzeit
C. Rohrdantz, Moisling. Allee 55.

Salzgurken
5 Stück 10 Pfg.
H. Panitz, Schwartauer Allee 150.

Versammlung
der
Gastwirtsgehilfen
heute Mittwoch, 5. April
abends 9 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Für die bevorstehende
Konfirmation und das Osterfest
empfehlen wir
Glückwunschkarten
in **grosser Auswahl,** von den **billigsten** bis zu den **feinsten** Aufmachungen.
Für die
Umzugszeit
bringen wir unsere
Spezial-Warenabgabestelle Glandorpstr. 1
in empfehlende Erinnerung, in der wir in allen einschlägigen Artikeln in
Manufakturwaren und Hausstandsartikeln
ein gut sortiertes Lager unterhalten.

Ausser in dieser Abgabestelle führen wir die Glückwunschkarten noch in folgenden Abgabestellen:

Lübeck: Kottwitzstr. 8, Elswigstr. 9a, Lg. Lohberg 30-32, Kronsforder Allee 105a.
Schwartau: Eutiner Strasse 1. **Eutin:** Stollbergstrasse.
Moisling, Vorwerk und Schlutup.

Der Vorstand.

Metropol ✱ Tonhalle
Am Donnerstag 4 Uhr beginnt der große Sensationsfilm
Versuchungen der Großstadt.

Der ungeheure **Erfolg** und **Massenandrang** des Publikums während 3 Tagen in **Hamburg** veranlasste uns, dies **Bild** in beiden **Theatern gleichzeitig vorzuführen.**

Dies **Bild** schildert uns die **Gefahren** der **Grossstadt,** denen ein **junges Menschenleben** ausgesetzt, dem die nötige **Aufklärung** nicht geworden, wenn es **ins Leben tritt.**

Vorbildlich für **alt** und **jung.**

Nur für Erwachsene :: Kindern ist der Zutritt untersagt.

Außerdem weitere Neuheiten.

Vertreter: Kühl & Davidsen, Lübeck, Braunstraße 38. Fernsprecher 1150.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

General-Versammlung
Donnerstag, 6. April,
abends 8½ Uhr
Tagesordnung:
1. Aufnahme. 2. Abrechnung. 3. Bezirkstag. Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Spar-Klub „So bi lütten".
Hüxstraße 94.
General-Versammlung
Donnerstag, 6. April, abds. 9 Uhr.
Der Vorstand.

Zentral-Hallen
Dankwartsgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt für Herren 25 Pfg., für Damen 10 Pfg., dafür Tanz frei.
H. Pagel.

HANSA THEATER
Beginn d. Konzerts 8 Uhr.
Anf. d. Vorstellung 8¼ Uhr.
Unwiderruflich bis 6. April.
Gastspiel
Sylvester Schäffer jr.
und neue Debuts.
Vorverkauf bei Sager.
Kohlmarkt.

Stadthallentheater.
Donnerstag, 6. April. Abds. 8 Uhr.
Der König (Le roi).
Lustspiel von Caillavet.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Roß, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Donnerstag, 6. April. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 173. Donnerstag-Ab. 28.
MIGNON.
Große Oper von A. Thomas.
Freitag, 7. April. 7½ Uhr.
Außer Freitag-Ab. Voll-Ab. 174.
Bei kleinen Preisen!
Alt-Heidelberg.
Schauspiel von W. Meyer-Förster.
Sonnabend, 8. April. 7½ Uhr.
Gewöhnliche Opernpreise!
Gastspiel des Kgl. Kammersängers
Alois Pennarini
vom Hamburger Stadttheater.
Neu einstudiert! Neu einstudiert!
Othello.
Große Oper von G. Verdi.
Sonntag, 9. April. 7½ Uhr.
Erhöhte Preise!
Letztes Gastspiel der Kgl. Sächs. Kammersängerin
Eva von der Osten
von der Kgl. Hofoper Dresden
CARMEN.
Große Oper von G. Bizet.

Neu eröffnet!
Täglich
frisch geräucherte Kieler Bücklinge, Wismarsche Aale
sowie sämtliche
geräucherte Fischwaren
empfiehlt das
Spezialgeschäft für geräucherte Fische
von
Wilhelm Badstein
Schwönekenquerstr. 11, zwischen der Fischer- u. Engelsgrube.

Zentral-Verband der
Zimmerer
Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Versammlung am Donnerstag, dem 6. April, findet nicht statt.
Der Vorstand.

Dilettanten-Klub „Freiheit".
Gr. theatralischer Abend
am Palmsonntag, 9. April, im Konzerth. Flora, Nebenhofstraße.
Zur Aufführung gelangt:
Die Realisten. Lustspiel in 4 Akten von Ernst Wiechert.
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Eintritt a Person an der Kasse 40 Pfg., im Vorverkauf 30 Pfg. Kinder und Konfirmanden die Hälfte.
Programm frei.
Das Komitee.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 81. Mittwoch, den 5. April 1911. 18. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten

Berlin, den 4 April 1911.

168. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Heeringen.

Dritte Lesung des Etats.

(Zweiter Tag.)

Die Beratung wird fortgesetzt beim

Militäretat.

Dr. Brunstermann (Rpt.) bittet um Berücksichtigung der Landwirtschaft bei der Einberufung zu Reserveübungen während der Erntezeit und bei der Bewilligung von Ernteurlaub.

Generalmajor Wandel sagt tunlichste Berücksichtigung der Wünsche zu.

Siebenbürger (Kons.) wünscht die Belegung kleiner Städte, namentlich in Pommern, mit kleinen Garnisonen.

Kriegsminister v. Heeringen: Diesem Wunsche habe ich stets sympathisch gegenüber gestanden; aber die Verhältnisse gestatten sehr oft nicht seine Erfüllung.

Kunert (SD.): In der zweiten Lesung habe ich das Bestehen von sächsischen militärischen Nebenfonds, wirklichen schwarzen Fonds zur Sprache gebracht. Ich frage nun den sächsischen Bundesratsbevollmächtigten erstens in bezug auf die beiden gesetzwidrigen Druckerkassen bei den Intendanturen von Leipzig und Dresden: Ist dem Herrn bekannt, ob eine straf- und zivilrechtliche Verfolgung der Militärverwaltungs-Beamten vorgenommen oder eingeleitet worden ist, welche die Reichskasse geschädigt und den Rechnungshof jahrelang betrogen haben, indem sie wiederholt amtliche Urkundenfälschungen und Unterschlagungen in großer Zahl bewirkt haben. Wenn eine Untersuchung nicht eingeleitet, so frage ich, aus welchem Grunde ist das nicht geschehen? In bezug auf den Sandfonds konnte der sächsische Bevollmächtigte keine Angaben machen und versprach, Nachforschungen anstellen zu lassen. Welches ist das Ergebnis dieser Nachforschungen? In bezug auf den Monturungsfonds frage ich, welche Summe von Geldmitteln und Geldersparnissen ging im Jahre 1892 von der Depotkasse an die Kasse des Bekleidungsamtes? Schließlich richte ich noch die vierte Frage an den sächsischen Bevollmächtigten, wer der Eigentümer der drei unter königl. sächsischem Protektorat stehenden Hauptfonds ist, des Kriegsbeutefonds, des Offizierkasinofonds und des Unteroffizier-Unterstützungsfonds?

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Generalmajor von Salza-Lichtenau: In bezug auf die erste Frage kann ich nicht sagen, inwieweit eine Untersuchung stattgefunden hat. Über den Sandfonds ist in Dresden eine Untersuchung eingeleitet; sie hat ergeben, daß ein solcher Nebenfonds tatsächlich existiert. Wie er entstanden ist, und ob er zu Recht oder zu Unrecht besteht, läßt sich nicht mehr feststellen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Übrigens beträgt der Fonds nur einige Mark. Bei der dritten Frage kann ich keine Aufklärung geben, zur vierten bemerke ich, daß der Kriegsbeutefonds dem Reiche gehört, der Offizierkasinofonds dem König, der Unteroffizier-Unterstützungsfonds ist ein sächsischer Staatsfonds.

Gamp (Rpt.) bittet um Zuwendung von Arbeiten, die jetzt in Bekleidungsämtern gemacht werden an Handwerker der kleinen Stadt Jastrow, um Arbeitsgelegenheit auch für die Arbeiter dort zu schaffen, woran freilich den Sozialdemokraten nichts gelegen sei. (Oho! b. d. Soz.)

Zubeil (SD.): Generalmajor Wandel hat in der zweiten Lesung bestritten, daß die Zivilkapellen in Breslau für das musikalische Bedürfnis Breslaus ausreichen. Nachdem der Musikdirektor Voigt-Breslau im Kriegsministerium vorstellig geworden ist, hätte der General das wohl selbst berichtigen können. Weiter behauptete der General, ich hätte von dem Tarif der Musiker nur solche Positionen angegeben, bei denen der Tarif der Militärmusiker niedriger sei, die anderen dagegen, die Frühkonzerte, Matinee, Ballmusik usw. vergessen. Ich stelle fest, daß bei allen dem von den Generalmajor angeführten Positionen der Tarif der Zivilmusiker höher ist, als der der Militärmusiker. Weiter führe ich Beschwerde, daß in Berlin trotz des Verbotes Militärmusiker auch in Nachtkafees konzertieren. In Breslau wird ein einheitlicher Tarif sogar unter Mitwirkung des Generalkommandos alle drei Jahre vereinbart. Dasselbe muß doch auch in Berlin möglich sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Noske (SD): Herr Gamp hat sich wiederholt beschwert, daß der Reichstag sich mit so vielen kleinlichen Dingen beschäftige und die Verhandlungen dadurch aufhalte, und gerade er hat reichlich dazu Veranlassung gegeben. In mehrstündigen Ausführungen wäre ich nachzuweisen berechtigt, wie sehr er mit seinen Angriffen gegen die Sozialdemokratie im Unrecht ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir wünschen nicht die Beseitigung der „Bekleidungsämter" und die Vergebung der betr. Arbeiten an Handwerksbetriebe in rückständigen Gebieten, denen gegenüber die modernen Großbetriebe der Bekleidungsämter einen erheblichen Fortschritt bedeuten. Charakteristisch für die Handwerkerfreundlichkeit der Herren rechts ist auch die Ausdehnung der Gefängnisarbeit. Diese ist zwar billig, aber auch schlecht, und auch den Gefängnisbetrieben sind die Bekleidungsämter weit überlegen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Albrecht (SD.): Herr v. Gamp sollte die Denkschrift des Kriegsministeriums studieren, in der nachgewiesen ist, daß z. B. das Schuhwerk für die Soldaten am besten in den Bekleidungsämtern hergestellt wird, nicht in kleinen Betrieben. Den Herren von der Rechten ist es mit ihren Redensarten nur darum zu tun, Handwerkerfang zu treiben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Handwerker erkennen aber allmählich Ihre Handwerkerfreundlichkeit.

Generalmajor Wandel: Auch nach den Ausführungen des Abgeordneten Zubeil habe ich an meinen Darstellungen über die Verhältnisse in Breslau und Berlin nichts zu ändern.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdiskussion bemerkt

Kunert (SD.): Durch die Antwort des sächsischen Bundesratsbevollmächtigten bin ich nicht befriedigt. Über die Druckerfonds konnte er eine klare Antwort nicht geben. Sie sind zweifellos schwarze Fonds. Hier hätte unbedingt wegen der entstandenen Defekte eine Strafverfolgung eintreten müssen. Am meisten befriedigt hat mich seine Antwort über den Sandfonds, dessen Existenz er zugestand. Nur meinte er, der Fonds sei ja sehr klein. Das erinnert an die Jungfer, die ein Kind bekommen hat, und zur Entschuldigung anführt, es sei ja nur ein ganz kleines. Ob klein, ob groß, die Existenz des Fonds ist ungesetzlich. In bezug auf die vierte Frage antwortete er, daß der Kriegsbeutefonds ein Reichsfonds sei. Ein Reichsfonds, der in Sachsen verwaltet wird. Das ist ja recht interessant. Auch der Fonds, den er als sächsischen Staatsfonds bezeichnet hat, ist ungesetzlich.

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich bitte über sächsische Fonds hier nicht zu sprechen.

Kunert (fortfahrend): Es handelt sich nicht um rein sächsische Dinge, es liegt hier ein Stück Korruption vor, das zur Sprache gebracht werden mußte.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Generalmajor von Salza und Lichtenau: Ich weise die schwere Anschuldigung der Korruption energisch zurück. (Bravo! rechts.) Beim Druckerfonds war nie ein Defekt vorhanden, der Rechnungshof hat lediglich die Art des Betriebes moniert.

Kunert (SD.): Die Behauptung, daß beim Druckerfonds keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, mag subjektiv wahr sein, objektiv ist sie ganz falsch. Es haben beim Druckerfonds geradezu russische Zustände geherrscht; es handelte sich keineswegs bloß um falsche Handhabung, sondern um

Betrug und beabsichtigte Fälschung.

Nur durch eine gründliche Revision kann Klarheit geschaffen werden. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.)

Leber (SD.): Beim zweiten Bataillon Großherzogtum Sachsen-Weimar hat der Kammerunteroffizier sich verschiedene Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. Der Mann hat den Soldaten befohlen, vor einer Revision sich selbst Hemden zu kaufen und diejenigen, die dazu nicht in der Lage waren, mußten ihre Hemden ausziehen, abgeben und ohne Hemd in der kalten Februarnacht auf die Wache ziehen. Derselbe Kammer-Unteroffizier hat auch Sohlen eingetragen als Verbrauch, obwohl die Soldaten die Sachen nie bekommen haben. Der Mann ist jetzt Feldwebel und gegen ihn liegen noch verschiedene andere Beschwerden vor. Ich möchte doch um eine Untersuchung dieser Vorkommnisse bitten.

Kriegsminister v. Heeringen: Ich bin natürlich über den Einzelfall nicht unterrichtet und möchte bitten, mir in Zukunft das Material vorher mitzuteilen, dann wird es untersucht werden. Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß hier im Plenum Unteroffiziere mit Namen genannt und beschuldigt werden, ohne daß sich die Richtigkeit der Angriffe sofort nachprüfen läßt.

Leber (SD.): Ich werde auch in Zukunft derartige Dinge zur Sprache bringen, ob es dem Kriegsminister angenehm ist oder nicht.

v. Treuenfels (K.) wendet sich gegen frühere Ausführungen des Abg. Noske und betont, daß er bei der Remonteangelegenheit keine persönlichen Vorteile im Auge gehabt habe.

Noske (Soz.): Ich halte es für einen argen Mißstand, wenn Mitglieder des Hauses bei Angelegenheiten, an denen sie selbst interessiert sind, die Bewilligung von Reichsmitteln verlangen, von denen sie selbst persönliche Vorteile haben. Wenn der Vorredner in diesem Falle erklärt, er habe keine persönlichen Vorteile davon, so will ich es ihm glauben. Wir wissen aber alle, daß die Herren Agrarier im Schreien unermüdlich und im Nehmen unersättlich sind. (Beifall bei den Soz.)

v. Treuenfels (Kons.): Die Forderung des Vorredners würde dazu führen daß die Abgeordneten nur über Angelegenheiten sprechen, von denen sie nichts verstehen.

Der Militäretat wird bewilligt, es folgt die Beratung des Marineetats.

Severing (Soz.): Die „Marinerundschau" wird im Nachrichtenamt des Reichsmarineamts redigiert, dessen Chef der Staatssekretär ist. Dieses Blatt berichtet nun über die Beratung des Marineetats in einer Weise, die recht eigenartig anmutet. Der Staatssekretär wird in dem Bericht mit Dank und Anerkennung überhäuft und von den Abgeordneten der Opposition wird gesagt, daß sie unfruchtbare zeitraubende Nörgelei getrieben hätten. Wenn ein aus Reichsmitteln bezahltes Organ derartige Beschimpfungen der Abgeordneten bringt, so muß dagegen scharf protestiert werden. (Beif. links.) Außerhalb dieses Hauses würde ich den Redakteur der „Marinerundschau" einen unverschämten Patron nennen. (Beif. b. d. Soz.) Die Informationsreise der Abgeordneten der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen ist recht eigenartig verlaufen. Die Herren haben sich nicht informiert, sondern sie wurden informiert im Sinne der Verwaltung. Das geht aus dem Programm hervor, das amtlich für diesen Besuch herausgegeben worden ist, und in dem den Beamten und Offizieren es untersagt wird, Kritik an den Einrichtungen der Werften zu üben oder Verbesserungsvorschläge in Gegenwart der Abgeordneten zu machen. Bei den Werftarbeitern herrscht Mißmut und Unzufriedenheit, weil ihre bescheidenen Forderungen rundweg abgelehnt worden sind, während andererseits einem gelben Arbeiterverein große Summen für Kaffeekränzchen u. dergl. aus Reichsmitteln gewährt werden. Die Steuerzahler haben die Pflicht, sich dagegen zu wehren, daß in dieser Weise das Geld verpulvert wird. (Beif. b. d. Soz.) Über die Angelegenheit der Fischer in Laboe findet sich in der „Marinerundschau" ein Artikel, den ich nur als verlogen bezeichnen kann. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Severing (fortfahrend): Auch dieser Ordnungsruf kann mich nicht veranlassen, meinen Ausdruck zurückzu-

---

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(24. Fortsetzung.)

Der Nebel hatte schon längst aufgehört, ein gebildeter, anständiger Nebel zu sein; er war übergegangen in das, was man hier und da „Bauernnebel" nennt, das heißt: er löste sich in geraden, gutgewachsenen Regen auf, der wie Bindfaden herabströmte. Anton und Koko wurden sehr naß. Die Landstraße blieb auch nicht trocken. Sie zeigte sich als alte, vielerprobte, reicherfahrene, tiefausgefahrene Landstraße früherer Zeiten: nachgiebig, weich, anhänglich, stets darauf bedacht, daß jeder, so auf ihr in fremde Lande pilgerte, ein gutes Stück Vaterland zum Andenken an die Heimat mit den Stiefeln davontrage. Anton keuchte schon an der zwiefachen Last, die von unten an ihm zog und von oben auf ihn drückte.

„Wo führt wohl so recht eigentlich diese Straße hin, guter Freund?" fragte er einen ihm begegnenden Fuhrmann, der, in etliche dicke Pferdedecken eingeschlagen, wie sein eigentliches Denkmal auf einem Pechfasse klebte.

„Ins Polen hinein!" war die mürrisch gegebene Antwort.

Anton schwieg erstaunt. Koko äußerte sein Befremden dadurch, daß er wiederholentlich von Lora sprach und sodann dem Pech- und Teerkaufmanne ein bitteres „Ha, ha!" nachsendete.

„Ins Polen hinein? Sieh', sieh', liegt Polen so nahe bei Liebenau? Das hätte ich wirklich nicht gedacht. Nun, wer weiß, in Polen kann es sehr schön sein für junge Anfänger. Die selige Großmutter meinte zwar immer, in Polen wäre nicht viel zu holen, — aber sie hatte, wie alle Frauen, vorgefaßte Ansichten und Meinungen von der großen Welt. Wie gesagt, Polen kann sehr schön sein, wenn nur diese Straße ein bissel besser wäre!

So schwatzte Anton mit sich selbst, bis Müdigkeit, Hunger und Regen ihn endlich ermahnten, in einem Straßenwirtshause einzusprechen. „Dieser arme durchgefrorene Vogel," sagte er mitleidig, „wird auch was Warmes zu sich nehmen wollen. Hier darf ich's schon wagen, hier kennt mich niemand mehr."

„Ist hier — Gott grüße Euch alle beisammen! — ist hier schon Polenland?" Mit diesem Gruße trat er ein, während sich ein junges Schwein eilig zwischen seinen Beinen durch ins Freie schob und ihn beinahe umgeschoben hätte.

„Beileibe," wurde ihm erwidert, „noch zwei Meilen bis an die Grenze, seien Sie auch schön willkommen bei uns! Mögen Sie Bier oder Schnaps?"

Anton, höchst verlegen über die ihm zur Wahl gestellte Frage, bat sich einen Kaffee aus.

Die Stammgäste der Schenke lächelten mitleidsvoll. Sie stampften heftig mit ihren leeren Gläsern auf den Tisch, damit man dieselben aufs neue fülle und ihnen Gelegenheit gäbe, darzutun, wie sie ganz andere Männer wären.

Anton achtete wenig darauf. Die Bank hinter dem Ofen schien ihm ein reizender Trockenplatz. Er dampfte wie ein kaum erstickter Waldbrand. Koko drückte sich warm behaglich an seinen Hals, mit unermüdlicher Gesprächigkeit ihn von Lora unterhaltend. Als die Wirtin den bestellten Kaffee brachte, einige umfangreiche Semmeln zur Beigabe mit, erwachte in unserem Reisenden auf einmal die Gier des Heißhungers. Kaum, daß er sich Zeit ließ, den dünnen Labetrunk zu kühlen. In die braunen Fluten getaucht, verschlang er Semmel auf Semmel, und da kehrten ihm, von innen wie von außen erwärmt, alsbald Mut und Hoffnung zurück. Ich glaube, damals ist es gewesen, wo er seine ersten philosophischen Betrachtungen über die Gebrechlichkeit des irdischen Wesens und über die Abhängigkeit der armen Seele vom menschlichen Leibe anstellte.

Koko, den er grausam vergessen, gab so deutlich zu verstehen, ihm sei auch Erquickung vonnöten, und sprach seine Bedürfnisse pantomimisch so verständlich aus, daß sein Retter, obwohl hoch erstaunt über die fast menschenähnliche Ausbildung des gefiederten Schützlings, ihn teilnehmen ließ am schwelgerischen Mahle. Semmel, in süßen Milchkaffee getaucht, war dem Vogel offenbar bekannte Kost, sie schien ihm geläufig und versetzte ihn in die heiterste Laune, die er auch ohne Aufschub durch laute Ergießungen des herzlichsten Gelächters, durch einige gellende Pfiffe und durch unendliche Anrufungen für Lora kund machte.

Die Stammgäste, welche bisher den auf dem grauen Reisebündel grau in grau verschwindenden grauen Ausländer gar nicht bemerkt, wendeten jetzt ihre Ohren seinen Exklamationen zu, worauf sich unter ihnen ein vertrauliches Gespräch entspann, doch laut genug geführt, damit der Inhalt desselben den Platz am Ofen erreiche.

„Auf jeden Fall gehört er dazu!"

Freilich. Das graue Vieh, das da schwadroniert wie ein getaufter Mensch, wird ihnen weggeflogen sein, und da hat der Bursche zurückbleiben müssen, um es wieder einzufangen."

„Natürlich, sie hatten ja einen ganzen Haufen von solchem Ungeziefer bei sich."

„Hört, Landsmann," — rief einer zu ihm herüber, „Ihr seid wohl auch aus der Menaschérie, die gestern hierdurchzog?"

„Menaschérie? Was ist das?" fragte Anton.

„Was soll's sein? Wilde Bestien halt!"

„Sehe ich denn aus wie eine wilde Bestie?"

„Das gerade nicht, aber wie einer, der sie herumführt. Sitzt ihm ja doch schon ein Vieh auf der Achsel."

„Das ist keine wilde Bestie, Ihr guten Leute; das ist ein zahmer, schöner Papagei."

„Wir sehen schon, daß es kein Trampeltier ist. Deswegen gehört er halt doch auch zu den ausländischen Viechern. Und weil er ihm so freundschaftlich auf der Haut hängt, wie eine abgerichtete Laus, und weil Ihr so gute Kaffeebrüder miteinander seid, Ihr beide, nahm ich an, er wäre einer von den Vagabunden, die bei den Beestern als Domestiken angestellt sind. Denn die Unfläte von Pardel und Tigertier und Hyjenige haben ordentliche Bedienung, wie andere hohe Herrschaften. Gestern sind sie hier vorbei in vielen großen Wagen, als ob die Luder nicht zu Fuße gehen könnten wie unsereins, haben hier Halt gemacht, Vieh und Menschen getränkt. Die schöne Frau, der Viechmutter ihre Tochter, hatte justament so'n grauen Popo, oder wie sich der ostindische Rabe aus Afrika schreibt, aus einem Käfige gelangt und wollte ihn am Kopfe kratzen, aber der asiatische Pfefferfresser schnappte nach ihr, daß sie gleich wieder los ließ. Das dachten wir halt, er wäre . . nichts für ungut!"

Anton fand diesen Bericht höchst interessant. Die schöne Tochter, von der man ihm erzählte, in Verbindung zu setzen mit dem auf ihm sitzenden Koko, gewährte ihm ein gewisses Wohlbehagen. „Sollte diese Schöne", dachte er, „die . . ."

„Lora!" unterbrach ihn der Vogel.

„Ich muß ihn seiner Besitzerin selbst einhändigen!" So lautete der Entschluß des galanten Korbflechters. Er hatte denselben eigentlich in Form eines Gedankens nur sich selbst mitteilen wollen; wider Absicht und Willen war eine laute Äußerung daraus geworden, die keinem der Anwesenden in der Gaststube entging.

(Fortsetzung folgt.)

nehmen. (Lebh. Beifall bei den Soziald. Unruhe rechts.) Wenn jemand wider besseres Wissen etwas behauptet, dann lügt er eben. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Auch über die Heizeranlegenheit hat die „Marinerundschau" eine verlogene Darstellung gegeben. (Hört, hört! bei den Soz. Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Die „Marinerundschau" wird im Reichsmarineamt redigiert. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie dürfen nicht einem Organ des Marineamts Verlogenheiten vorwerfen. (Laute Rufe bei den Soz.: Warum nicht?) Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. (Lebhafter Beifall rechts. Unruhe bei den Soz.)

Severing (fortfahrend): Ich freue mich, daß der Präsident den offiziellen Charakter der „Marinerundschau" sehr entschieden unterstreicht. Den Heizern streicht man die 20-Pfg.-Zulage aus Sparsamkeit, aber der Flottenchef erhält eine Zulage von 60 Mk. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir geben dem Reichstag erneut Gelegenheit, die Schädigung der Heizer abzuwenden, indem wir einen Antrag auf Beseitigung des Abstriches gestellt haben. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Wenn die „Marinerundschau" Angriffe auf Reichstagsabgeordnete bringt, so geht das zu weit. (Hört, hört! links.) Ich habe den Artikel nicht gelesen. Die Zulage des Flottenchefs ist um 25 Proz. gekürzt worden. (Hört, hört! rechts.) Das Programm für die Informationsreise war durchaus zweckmäßig.

Dr. Leonhardt (Fortschr. Vpt.): Der Kritik des Abg. Severing an der „Marinerundschau" stimme ich zu. Es dürfte sich doch empfehlen, im nächsten Etat den Betrag für dieses Organ zu streichen. Auch wir haben einen Antrag auf Wiederherstellung der Heizerzulage eingebracht und beantragen namentliche Abstimmung darüber. (Lebh. Beifall links.)

Erzberger (Z.): Das Zentrum ist sich in seiner Marinepolitik stets konsequent geblieben. (Lachen bei den Soz.) Der Redner ersucht um Ablehnung der Anträge auf Wiederherstellung der vollen Heizerzulage.

Semler (NL.) tritt für die Wiederherstellung der vollen Heizerzulage ein und verurteilt gleichfalls den Artikel.

Noske (SD.): Der Staatssekretär v. Tirpitz sucht systematisch sozialdemokratische Abgeordnete von den Besuchen auf den Werften auszuschließen. Wir werden dieses Verfahren stets auf das schärfste kritisieren, bis wir den Staatssekretär zu einer anderen Handlungsweise erzogen haben. (Lärm rechts. Glocke des Präs.)

Vizepräsident Schulz: Ich bitte Sie, sich zu mäßigen. (Beif. rechts. Lachen b. d. Soz.)

Noske (fortfahrend): Wir werden gegen den Ausschluß der Sozialdemokraten von den Besuchen auf den Werften so lange protestieren, bis der Staatssekretär dieses völlig ungehörige Benehmen unterläßt. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Ich bitte Sie, sich noch mehr zu mäßigen. (Schall. Hrkt.)

Noske: Dann will ich sagen „unangemessenes Benehmen". (Hrkt.) Dem Zentrum wird der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß es sich dazu hergibt, den armen Teufeln von Heizern die paar lumpigen Pfennige zu kürzen. (Sehr wahr! links. Lärm r. Zentr.) Die Marinerundschau sucht in geradezu unerhörter Weise die öffentliche Meinung zu täuschen.

Vizepräsident Schulz: Sie dürfen nicht solche Vorwürfe erheben. (Stürm. Zurufe bei den Soz.)

Noske: Wie können diese Ausführungen vom Präsidenten gerügt werden, wenn uns eben erst erklärt worden ist, daß die Marinerundschau nicht vom Marineamt abhängig ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Unfraglich ist der eigentliche Urheber des Abstriches der Heizerzulage der Staatssekretär. Augenscheinlich dachte man in der Verwaltung: Schlaat ihr unsere Admirale und Offiziere, dann schlagen wir eure Heizer. (Sehr gut! bei den Soz. Unruhe rechts.) Dem Reichstag sollte die Sparsamkeit verekelt werden und man wollte den Heizern sagen: Die Abgeordneten sind es, die euch eure Zulagen nehmen. Und ich muß allerdings sagen, wenn der Reichstag die skandalösen Beschlüsse über die Heizerzulagen, die in der Kommission und in der zweiten Lesung gefaßt worden sind, in dritter Lesung aufrecht erhält, so ist es ganz in der Ordnung, wenn die helle Empörung, die im Lande und in der Marine über diese Sache herrscht, sich auch gegen den Reichstag wendet. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Vizepräsident Schulz: Herr Abgeordneter, es ist ungehörig, daß Sie einen Reichstagsbeschluß als Skandal bezeichnen. (Heiterkeit bei den Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Es ist nicht wahr, daß die Sozialdemokraten für den Werftbesuch nicht zugelassen werden. Die Abg. Scheidemann und Noske sind auf der Werft herumgeführt worden. Die Verschiedenartigkeit des militärischen Dienstes hat sich nicht in der verschiedenartigen Höhe der Besoldung auszudrücken. Das ist auch im Landheer so.

v. Oldenburg (K): Meiner Fraktion ist es sehr schwer gefallen, der Streichung der Heizerzulage zuzustimmen. Wir haben es getan im Hinblick auf die Finanzen des Reiches und in der festesten Überzeugung, daß die unerschütterliche Pflichttreue in der Marine nicht von solchen Dingen abhängig ist. Der Herr Großadmiral hat gesagt, wenn Unzufriedenheit vorhanden ist, so hat sie aufzuhören, wenn es von oben befohlen wird. Das war ein Wort, wie wir es gern hören. (Lautes Gelächter links, Beifall rechts.)

Reichsschatzsekretär Wermuth bittet, es bei den Beschlüssen der zweiten Lesung zu belassen.

Dr. Struve (FVp.): Man kann die Heizerzulagen sehr wohl im Rahmen des Marineetats bewilligen. Es ist das eine militärische Notwendigkeit und solche hat der Reichstag ja immer bewilligt. (Lebh. Zust. links.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Wie schon Herr Erzberger gesagt hat, beträgt die Heizerlöhnung nach Abzug der Zulagen noch immer 27 Mk. die der Matrosen nur 19 Mk.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Der sozialdemokratische und der materiell damit übereinstimmende liberale Antrag auf Wiederherstellung der Heizerzulage werden in namentlicher Abstimmung mit 162 gegen 116 Stimm bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Dafür hat die Linke, die Wirtschaftliche Vereinigung und ein Teil des Zentrums gestimmt. Dagegen die Konservativen, die Reichspartei, die Polen und ein großer Teil des Zentrums. Das Resultat wird von der Linken mit Bravorufen aufgenommen.

Der Marineetat wird bewilligt und debattelos der Etat des

Reichsjustizamts.

Es folgt der Etat des

Reichsschatzamts.

Dohrn (Vp.) kritisiert die Jubiläumsdenkmünze der Berliner Kunstmünze, die eine Mischung von Realismus und Heraldik zeige (Heiterkeit) und die neuen Hundertmarkscheine, auf denen die symbolische Darstellung von Handel und Wandel wohl andeuten soll, wie man sie erwirbt und die Darstellung der Panzerschiffe, wie man sie wieder ausgibt.

Reichsschatzsekretär Wermuth und Abg. Bindewald (Ant.) protestieren gegen diese Kritik, die nicht geeignet sei, die Künstler und das Kunstgewerbe zu ermutigen.

Böhle (Soz.): Die in Elsaß-Lothringen tätigen Zollbeamten sind schlechter gestellt, als die übrigen. Diese Ungleichheit sollte beseitigt werden. — Durch die neue Rayonfestsetzung in Straßburg sind 160 Grundbesitzer geschädigt, und die Entschädigung ist heute noch nicht geregelt, obwohl die Sache schon 7 Jahre schwebt.

Ein Intendanturrat: Diese Tatsache ist richtig, aber die Festsetzung von Rayonentschädigungen dauert überall lange, nicht nur in Straßburg.

Dr. Goercke (Natl.) freut sich, daß für die Kriegsteilnehmer endlich größere Beihilfen im Etat erscheinen.

Frhr. v. Gamp bittet, die Jubiläumsdenkmünzen in noch größeren Mengen auszuprägen.

Schöpflin (Soz.): Wir gestehen zu, daß der Reichsschatzsekretär sich den Veteranen gegenüber entgegenkommender zeigt, als alle seine Vorgänger. Aber dem Reichsschatzamt Lorbeerkränze zu flechten, liegt keine Veranlassung vor. Auch von bürgerlicher Seite wird zugestanden, daß noch sehr viel zu wünschen übrig bleibt. Die konservativen Abgeordneten erklären, daß Bestimmungen nichts nützen, wenn sie nur auf dem Papier stehen. Das sagen auch wir und merken uns zugleich dies Zugeständnis für künftige Fälle. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir verlangen, daß die Bestimmungen mit Wohlwollen und Weitherzigkeit ausgeführt werden, und daß besonders mit der bedenklichen Würdigkeitsklausel kein Mißbrauch getrieben wird. (Lebh. Beifall b. d. Sozialdem.)

v. Oertzen (Rp.) wünscht ebenfalls wohlwollende und weitherzige Auslegung der Ausführungsbestimmungen.

Die Abg. Wieland (Vp) und Prinz von Schönaich-Carolath (NL.) schließen sich diesem Wunsche an, die

Schatzsekretär Wermuth nach Möglichkeit zu erfüllen und bei den Landesbehörden zu befürworten verspricht.

Die Debatte schließt.

Der Rest des Etats des Reichsschatzamtes wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Der Etat der

Schutzgebiete und des Kolonialamts

werden debattelos bewilligt.

Es folgt der Etats des

Reichseisenbahnamts.

Hengsbach (SD., mit Lärm vom schwarzblauen Block empfangen): Am Schwarzen Weg in Duisburg, wo noch vor einigen Jahren ein schweres Eisenbahnunglück stattfand, ist am 25. März an gleicher Stelle ein neues Unglück vorgekommen. Als Ursache wurde ein Signaldefekt infolge des Sturms im amtlichen Bericht angegeben. Der amtliche Bericht wird den Vorgang aber nicht richtig wiedergegeben haben. Auch die Beamten schienen angewiesen zu sein, reinen Mund zu halten, als ich mich nach den Ursachen erkundigte. In der Bevölkerung herrscht nur eine Meinung darüber, daß die amtlich angegebene Ursache nicht richtig ist, daß das Unglück vielmehr auf die Unübersichtlichkeit der Zufahrtsstrecke zurückzuführen sei. Es ist hoch anzuerkennen, wenn die Beamten durch ihre Umsicht auf dieser gefährlichen Strecke noch so viele Unglücksfälle vermieden haben. Nur auf einen reinen Zufall ist es zurückzuführen, wenn das Unglück nicht einen weit größeren Umfang angenommen hat. An der gleichen Stelle ist neuerdings schon wieder ein Unglücksfall passiert, die Behörde sollte doch einmal ernstlich untersuchen, wie weit die Unübersichtlichkeit der Strecke die Ursache solcher Unglücksfälle bildet. Die Betriebssicherheit der Bahn würde erheblich gewinnen, wenn man die Wünsche des Fahrpersonals berücksichtigen und vor allem die Dienstzeit verkürzen würde. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Eingabe des Vereins deutscher Lokomotivführer um reichsgesetzliche Regelung der Dienstverhältnisse zur Berücksichtigung empfehlen. Diese im praktischen Dienst stehenden Beamten erklären in der Eingabe, daß die Regelung der Dienstzeit und die Vermeidung der Überanstrengung auf die Betriebssicherheit von größtem Einfluß sei. Ich möchte die Eingabe dieser Beamten dem Reichstag und der Regierung empfehlen und möchte weiter die Verwaltung ersuchen, endlich einmal die Verhältnisse am Duisburger Bahnhof zu prüfen und zu bessern, damit der Schwarze Weg seinen sprichwörtlichen Ruf als Unglücksstelle verliert. (Beifall bei den Soz.)

Präsident des Reichseisenbahnamts Wacker erwidert, das vom Vorredner erwähnte Unglück sei tatsächlich darauf zurückzuführen, daß ein Signal durch einen Sturm defekt wurde.

Der Etat des Reichseisenbahnamts wird bewilligt.

Es folgt der Etat der Reichsschuld.

Dr. Arendt (RP.): Während bisher von Jahr zu Jahr die Mittel für die Verzinsung der Reichsschuld erheblich gesteigert werden mußten, ist jetzt durch die Reichsfinanzreform ein Umschwung zum Besseren eingetreten. Es werden nur noch 60 Millionen mehr bezahlt. Hoffentlich wird im nächsten Jahre eine Anleihe überhaupt nicht nötig.

Schatzsekretär Wermuth: Eine Besserung unserer Finanzen ist tatsächlich eingetreten und wir beabsichtigen nicht, eine Anleihe in diesem Jahre aufzunehmen.

Der Etat wird bewilligt.

Der allgemeine Pensionsfonds wird debattelos bewilligt.

Beim Etat der Reichspostverwaltung befürwortet Abg. Giesberts (Z.) einen Antrag, daß die nichtetatsmäßigen Unterbeamten sowie die zum Aufrücken in Unterbeamtenstellen bestimmten Arbeiter und Handwerker der Post- und Telegraphenverwaltung mindestens nach 10jähriger Dienstzeit etatsmäßig angestellt werden.

Hengsbach (SD.): Das Dorf Hamborn ist endlich Stadt geworden, aber die postalischen Verhältnisse sind noch immer recht dörflich geblieben. Man sollte in Hamborn ein Zentralpostamt errichten. Auch die Telephonverhältnisse sind nicht auf der Höhe. Die Telephonzentrale soll nach Hamm verlegt werden: das liegt lediglich im Interesse der Firma Thyssen, aber nicht im Interesse der gesamten übrigen Geschäftswelt von Hamborn. Einem Orte mit einer solchen, geradezu amerikanischen Entwickelung sollte doch mehr Berücksichtigung gewährt werden.

Hormann (Vpt.) beschwert sich über die Entlassungen von Telegraphenarbeitern in Halle, Erfurt und Braunschweig.

Staatssekretär Kraetke: Die Entlassenen sind anderweitig untergebracht worden. In einem Orte, wie Hamborn, dessen Entwickelung der Abg. Hengsbach mit Recht als amerikanisch bezeichnet hat, treten naturgemäß Schwierigkeiten ein, weil die Postverwaltung in der Übergangszeit nicht alle berechtigten Wünsche erfüllen kann. Ich will die Verhältnisse aber nochmals prüfen lassen, und es soll geschehen, was irgend möglich ist. Die Resolution Giesberts bitte ich abzulehnen, da sie undurchführbar ist.

Dröscher (Kons.) begründet einen von den Konservativen und Nationalliberalen gestellten Antrag, 5 in der Kommission gestrichene Oberposträte und zwei Oberpostinspektoren wieder einzustellen.

Frhr. v. Gamp: Die Streichung ist von der Kommission nach reiflicher Erwägung vorgenommen und vom Reichstag bestätigt worden. Ist es doch ein merkwürdiges Ansinnen an uns, in der dritten Lesung wieder umzufallen! (Lebh. Sehr richtig!)

Staatssekretär Kraetke: wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Zubeil bei der zweiten Lesung und bestreitet, daß die Mannheimer Post sich in den Dienst der Polizeibehörde gestellt und das Briefgeheimnis verletzt habe.

Eichhorn (SD.) betont gegenüber den Einwänden, die der Staatssekretär in der zweiten Lesung zum Fall des Landbriefträgers Dorsch gemacht hat, daß neuerdings eine Fülle Beweise für die Schikanierung dieses Mannes beigebracht seien. In betreff der Mißstände im Telegraphenamt zu Frankfurt am Main, die ich in der zweiten Lesung zur Sprache gebracht habe, ist von dem Postdirektor Schreiber in Frankfurt am Main eine Entrüstungskundgebung der Beamten gegen mich veranstaltet worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Mißstände aber sind geblieben. Was von diesem Verfahren zu halten ist, kann jeder sich selbst sagen. (Zust. b. d. Soz.)

Staatssekretär Krätke: Die Sozialdemokraten müssen ihre Gewährsmänner nennen (Zuruf bei den Soz.: Damit sie gemaßregelt werden!), sonst kann die Verwaltung nichts dazu tun.

Zubeil (SD.): Ich bin nicht in der Lage, meine Ausführungen aus der zweiten Lesung irgendwie einzuschränken.

Damit schließt die Debatte.

Der Postetat wird bewilligt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, auch die Ostmarkenzulage, für die aus Versehen auch die Polen stimmen, was mit großer Heiterkeit aufgenommen wird.

Es folgt der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Schatzsekretär Wermuth: Bei der zweiten Lesung hat der Abg. Gothein gefragt, ob der Bund der Landwirte für die von der Verkaufsstelle überwiesenen Provisionsgelder eine Schenkungssteuer bezahlt, und ob diese Überweisungen als Schenkung anzusehen sind. Wenn der Bund eine Gegenleistung gewährt, ist es keine Schenkung, anderenfalls ist es eine Schenkung. (Schallende Heiterkeit.) Über die Verhältnisse eines Zensiten darf ich keine Auskunft geben. (Erneute Heiterkeit.)

Dove (FVp.): Wenn Herr Wermuth nicht mehr im Amte sein sollte, und sich nach einer anderen Beschäftigung umsehen muß, dann soll er das ja nicht in der Jurisprudenz tun, sondern lieber in der Diplomatie. (Gr. Hkt.)

Der Etat wird bewilligt.

Das Etatsgesetz wird angenommen und darauf in der Gesamtabstimmung der Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Nächste Sitzung am 2. Mai um 2 Uhr. Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung und Entwurf zur Aufhebung des Hilfskassengesetzes.)

Mit dem Wunsche, sich in den Ferien gut zu erholen, schließt Präsident Graf Schwerin die Sitzung um 1/4 9 Uhr.

* * *

Berichtigung.

Infolge eines Hörfehlers ist gestern in der Rede des Abg. Hengsbach (SD.) eine Zahl falsch wiedergegeben. Der Abg. Hengsbach führte aus, daß gemäß den im Gewerbeinspektionsbericht von 1909 aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf gemachten Überstunden bei einer zwölfstündigen Schicht mehr über 1000 Arbeitslose und 1910 über 1500 Arbeitslose hätten Arbeit finden können.

Aus Nah und Fern.

Benzinexplosion. Gestern nachmittag erfolgte in einem Brauereikeller in Berlin eine Benzinexplosion, wobei ein Dienstmädchen getötet wurde; die Tochter des Brauereibesitzers und ein anderes Dienstmädchen wurden schwer verletzt.

Familiendrama. In Berlin erdrosselte der 65jährige Kassierer Tamnus seine Ehefrau und erhängte sich.

Zwei Schülerselbstmorde auf einmal. Aus Ratibor wird gemeldet: Der Obertertianer Janeßki vom Realgymnasium erschoß sich im Schulzimmer, der Obertertianer Guder des königlichen Gymnasiums erhängte sich in seinem Elternhause. Beide Schüler waren nicht versetzt. — So fällt ein junges Menschenleben nach dem andern dem preußischen Schulbureaukratismus zum Opfer!

Verhängnisvoller Schneesturm in der Ostsee. Aus Pommern wird gemeldet: Infolge Schneesturms sind in der Nacht zum 4. April bei Leba zwei Segler gestrandet, der Segler „Miranda"-Hamburg, der von Stade nach Königsberg bestimmt ist und Holz geladen hatte, und ein holländisches Segelschiff, mit Zement, ebenfalls nach Königsberg, dessen Name aber noch nicht festgestellt ist. Von dem deutschen Segler ist der Kapitän ertrunken. Drei Mann wurden gerettet. Von dem holländischen wurden sechs Mann der Besatzung gerettet. Ebenfalls auf der Höhe von Leba wurde Dienstag morgen ein Schiff in sinkendem Zustande gesehen. Ferner ist in der Nacht vorher ein Dreimaster bei Heisternest gestrandet. Von Leba selbst ist ein großer Teil der Düne weggerissen. Das Kurhaus ist schwer beschädigt.

Rassenkampf. In Birkenhead, einer vielfach von Chinesen bewohnten Stadt in der Grafschaft Chester, kam es in der Sonntagnacht zu ernsten Rassenkämpfen. Es hieß, die Chinesen hätten Engländerinnen auf der Straße beleidigt. Racheschnaubend rotteten sich über 3000 Personen zusammen, überfielen das chinesische Viertel und suchten in die verrammelten Häuser einzudringen. Dabei kam es zum Handgemenge mit einzelnen Mongolen, die sich tapfer ihrer Haut wehrten. Als die Polizei einschritt, wurde die Menge noch wütender und warf nach den Schutzleuten mit Steinen. Vor den niedersausenden Polizeiknüppeln hielten die Ruhestörer aber nicht lange stand. Sie hatten die Fenster in allen chinesischen Häusern eingeschlagen und viel Schaden angerichtet. Montag wiederholten sich die Gewalttaten, waren aber diesmal fast ausschließlich gegen die Polizei gerichtet.

Eine Kindertragödie. In Torchiarolo in der Provinz Lecce (Italien) hat sich in dem Hause des dortigen Bürgermeisters, eines Arztes, eine furchtbare Tragödie abgespielt. Dem Bürgermeister war ein kleines Mädchen geboren worden, auf das der älteste, sechsjährige Sohn leidenschaftlich eifersüchtig war. Kein Mensch nahm die Abneigung des kleinen Burschen ernst, bis dieser eines Morgens, als die Hebamme das Neugeborene badete, mit dem Gewehr in der Hand heranschlich und dicht vor dem Kinde die Waffe abdrückte. Dem Säugling wurde die Schädeldecke zertrümmert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Auch angesichts der furchtbaren Verzweiflung der Eltern blieb der kleine Mörder ruhig und ohne Reue und erklärte mit großer Bestimmtheit, daß er sein Schwesterchen hätte töten wollen. Wir haben hier eine echte und rechte Tragödie des Kinderherzens vor uns, an der vielleicht die Fahrlässigkeit der Erwachsenen Schuld trug, die die Gefühle des Knaben nicht beachtet und berücksichtigt haben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Kleines Feuilleton.

Martin Greif

ist am Sonnabend im Alter von 72 Jahren in Kufstein gestorben. Er war kein Großer im Reiche der Dichtung, keiner von den Eigenen, die die Grenzen des poetisch Ausdrückbaren und der Ausdrucksmittel kühn vordringend erweitert haben. Aber in den alten oft durchwanderten Bezirken, in denen die an Goethe und teilweis an Heine, Lenau und Platen anschließende, Stoffe und Formen wiederholende Epigonenlyrik heimisch war, gelang ihm manches innige stimmungswarme Lied. Hermann Frey, so hieß der Dichter mit seinem bürgerlichen Namen, ist 1839 in Rheinland geboren. In die militärische Karriere verschlagen, nahm er, noch nicht dreißigjährig, seinen Abschied und siedelte nach München über, wo in den 50er und 60er Jahren so viele der damals berühmten Dichter, darunter auch das größte lyrische Formtalent der Periode; Emanuel Geibel, wohnten. Hier gab er 1868 eine Sammlung seiner Gedichte heraus, die seither, vielfach ergänzt und erweitert, in einer Reihe neuer Auflagen erschien. Der Abschnitt „Vaterländische Gedenkblätter" enthält im Ton, der nach dem 70er Kriege eine Zeitlang in der Lyrik grassierte, arg byzantinische Tiraden. Von dem aber, was als neue Kraft in den Tiefen die Zeit bewegt, sucht man vergebens einen Anklang in dem ganzen Buche. Einmal in den meist recht oberflächlichen „Sinngedichten", blitzt allerdings etwas wie eine Zeitbeziehung auf. Er zitiert da die „Weltverbesserer" herbei, aber nur um sie mit dem billigen Dutzendspriichlein: „Jeder erfülle schon jetzt seinen besonderen Zweck", komisch altklug abzutrumpfen. Ganz anders wirken da die „Lieder", die „Naturbilder", die „Stimmen und Gestalten". Was Greif als Dichter zu sagen vergönnt gewesen ist, das hat er hier gesagt. Man spürt den frischen Hauch des Selbstempfundenen auch da, wo die Empfindung einen unvergleichlich klangvolleren Ausdruck in Goetheschen und Heineschen Strophen bereits gefunden hat. Einfach ist seine Lyrik; den unmittelbaren Eindruck, den ein vorüberhuschender Moment in der Seele auslöst, will er ohne Reflexion, ja, ohne persönliche Nuancen im Worte festhalten. Darin liegt der Reiz dieser Dichtung, aber zugleich auch eine ihrer Schranken. Der Trieb zur raschen tagebuchartigen Wiedergabe jeder aufschießenden Regung führt nicht selten auch zur Überhastung. Aber wenn die Lieder auch in diesem Sinne nicht sättigen, so hallt doch etwas von dem ursprünglichen Gefühl nachzitternd in der Seele des Lesers wider. Als Lyriker ist Greif ein freundliches Gedächtnis sicher. Jenseits dieser Grenzen sind ihm Erfolge kaum zuteil geworden, vor allem nicht auf dem Gebiet der historischen Heldendramen.

Ein Land, in welchem es nur alle zwölf Jahre regnet.

Ein interessantes Problem für die Meteorologen bildet das Land, in dem es nur alle zwölf Jahre regnet. Dieses regenarme Gebiet ist das südafrikanische Betschuanenland. Der italienische Missionar Pater Porte macht über diese ungewöhnliche meteorologische Erscheinung in einem Briefe an den „Osservatore Romano" einige interessante Angaben. „Es ist wirklich seltsam, überall in den Nachbarländern regnet es, nur nicht hier bei uns. In Transvaal und im Basutoland sind der Mais und das Kaffernkorn bereits drei Fuß hoch; hier war es nicht einmal möglich zu säen. Livingstone schilderte bereits vor fünfundfünfzig Jahren das Land als unfruchtbar, und wer 50 Jahre später hierher kommt, wird wiederum staunen müssen. Livingstones Experimente und Beobachtungen haben gezeigt, daß im Betschuanenland nur alle zwälf Jahre ein richtiger Regen niedergeht; dann herrscht im Lande eitel Freude, in den Dörfern werden Erntefeste gefeiert und alles jubelt. Die Wirklichkeit bestätigt die Angaben des Forschers und unsere Aufzeichnungen zeigen, daß tatsächlich nur alle zwölf Jahre Regen eintritt. Der Vorstellungskreis der Eingeborenen ist auch nur von dem einem Problem beherrscht: Regen zu erlangen."

Allerlei Wissenswertes.

Wie verbessert der Kalk den Boden? Der Kalk bringt Leben in den Boden und macht ihn gesund, so kann man kurz ins Deutsche die fremden Ausdrücke physikalische und chemische Eigenschaften des Kalkes übersetzen. Der Kalk macht den Boden lockerer, offener, tätiger, wärmer, befördert alle Zersetzungsvorgänge, begünstigt die Zersetzung der Stoppelreste, des Stalldüngers, des Humus, beschleunigt die Verwitterung der unzerstörten Gesteinstrümmer, bändigt die unteren Nutzpflanzen schädlichen Eisenverbindungen. Hierdurch ist es erklärlich, daß er auf allen lehmigen und tonigen, oder leicht zusammenschlemmenden, sich verschließenden Bodenarten in hervorragender Weise günstig wirken muß, während es wohl vorkommen kann, daß er auf Boden, welcher schon sehr locker, sehr offen, tätig, warm ist, gelegentlich eine ungünstige Wirkung ausübt. Daraus, daß solcher Boden, welcher zu manchen Zeiten ohnehin schon zum sogenannten Ausbrennen geneigt ist, durch Kalk noch tätiger, hitziger gemacht wird, sind die einzelnen Fälle, welche zu Klagen Veranlassung gegeben haben, zu erklären. Es ist die auf Bodenarten von sandiger Beschaffenheit oder mit kiesigem Untergrund zu stark beförderte Austrocknung und Tätigkeit, welche man manchmal zu fürchten hat; auf solchem Boden, aber nur auf solchem, ist feinerdiger, leicht zerfallender Mergel dem gebrannten Kalk vorzuziehen.

Aus den Witzblättern.

Juristische Doktorprüfung.

Professor: Können Sie mir wohl sagen, was ein Staat ist?

Kandidat: Ein Staat ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Massenproduktion von Gesetzesartikeln.

Professor: Was nennen wir einen Rechtsstaat?

Kandidat: Ein Gemeinwesen, in dem dieser Produktionszweig jeden anderen überwiegt.

Professor: Welcher Staat ist der höchste?

Kandidat: Derjenige, der die größte Zahl von Paragraphen besitzt.

Professor: Wie viele Paragraphen besitzt das Deutsche Reich?

Kandidat: — — — —

Professor: Wozu dienen die Paragraphen?

Kandidat: Zum Auswendiglernen, zum Zitieren und zum . . . zum Übertreten.

Professor: Was ist das Recht?

Kandidat: Der allgemeine Wille.

Professor: Wodurch unterscheidet sich dieser vom Willen der einzelnen?

Kandidat: Dadurch, daß er von niemandem gewollt wird.

Professor: Welche Gesetzgebung ist die vollkommenste?

Kandidat: Diejenige, die dem Willen des einzelnen am wenigsten Spielraum läßt.

Professor: Was ist Freiheit?

Kandidat: Freiheit ist die staatlich abgestempelte Berechtigung, staatlich abgestempelte Überzeugungen zu haben.

Professor: Was verstehen Sie unter Privatinitiative?

Kandidat: Ein notwendiges Übel: der vom Staat geduldete Notbehelf der einzelnen in allen Fällen, wo ihre Handlungsweise noch nicht staatlich geregelt ist.

Professor: Und was ist der Zweck des Rechts?

Kandidat: Diesen Notbehelf überflüssig zu machen.

(„Simplicissimus".)

Zensur. Ein Bauer sitzt wegen Körperverletzung auf der Anklagebank. Seine Magd wird als Zeugin vernommen. Sie hat natürlich von dem ganzen Vorfall nichts gesehen. Der Vorsitzende fragt zum Schluß den Angeklagten: „Haben Sie auf diese Aussage noch etwas zu erwidern?" Der Angeklagte: „Nein, die Aussage war gut!"

Ein Geizkragen. „Also zwei Mark fünfzig kostet der Wecker mit Garantie. Und was kostet er ohne Garantie?"

Gestörter Genuß. „Sie lebten doch anläßlich Ihres letzten Landaufenthaltes von lauter Konserven, warum haben Sie denn das wieder aufgegeben?" — „Es ging nicht mehr. Meiner Frau taten die schönen leeren Büchsen leid zum wegwerfen."

An der Theaterkasse. „Bitte, um eine Karte, zweite Galerie." — „Für Doktor Klaus?" — „Nein, für mich!"

Kompliment. Musikstudentin (zu ihrem Nachbar, der laut kauend seinen Gurkensalat verspeist): „Mein Herr, Ihr Mund hat eine vorzügliche Akustik!"

(Aus „Lustige Blätter".)

Abwehr. „Gnädige werden alle Tage jünger!" „O, bitte, ich vertrage schon noch das Altwerden!"

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 14. Mittwoch, den 5. April 1911.

Kein Lösung!

Aus den Erinnerungen eines Arbeitslosen.
Von K. Hermannsdörfer.

„Lieber Kollege! Es ist mir gelungen, für Dich etwas aufzutreiben, komme so bald wie möglich, Du kannst in der Modellschreinerei bei Sch. sofort in Arbeit treten". Diese lakonische Mitteilung auf Postkarte war die Ursache, daß ich von Berlin nach N. übersiedeln mußte. Ein solches Unterfangen ist riskant und kostet indem Geld. Indessen ich war in der Reichshauptstadt schon im vierten Monat arbeitslos — obwohl in meiner Branche, es war 1906, ein ausgezeichnetes Geschäftsjahr war, ausgesperrt — versemt.

Eine nochmalige Durchmusterung der schon arg zusammengeschmolzenen Habseligkeiten ergab, daß noch einiges vorhanden war, das zu Geld gemacht werden konnte, ein Schrank, die letzte oder besser einzige Kommode, Wäsche von meiner Frau, selbigen nähte und seither trotz Hunger und Entbehrung festgehalten; es fielen einige Tränen darauf, als meine Frau das Linnen der Käuferin hinreichte. —

Vierter Klasse gings nach N. Eigentlich bis Hof, da es in Bayern vierte Klasse nicht gibt. Beim Passieren des Fichtelgebirges gings an meinem Heimatsdorf vorbei. Es war mir zugesagt, daß ich meine Familie bei Verwandten so lange unterbringen könne, bis ich in N. eine Wohnung habe und meine Möbel dort angekommen seien.

Allein es wurde nichts daraus, man erfuhr in meiner „Heimat", daß ich nicht kirchlich getraut bin, meine Kinder nicht getauft. In der Oberpfalz ist man fromm, es geht dort nicht an, solche Leute unter seinem Dache zu beherbergen. — Warum bist du auch solch ein Gottloser und ein Umstürzler obendrein —!

Nun war ich drei Wochen in N., seit 14 Tagen standen meine Möbel, d. h. der Rest davon, sämtliche Betten und Wäsche beim Spediteur, ich konnte die Fracht nicht bezahlen. Daß es eine Folter ohnegleichen war, fast täglich für Frau und sechs kleine Kinder ein anderes Logis zu suchen, ich brauche das nicht zu erzählen . . . .

Es war die Zeit der „Jubiläumsausstellung, die Stadt war voll Fremder, die Gasthäuser überfüllt, Wucherpreise überall, alle Privatlogis waren beim „Fremdenausschuß" angemeldet. Man mußte dort erst eine Karte lösen, die 60 Pfennig kostete, ehe man ein Logis mieten konnte. Gelang es, ein Zimmer mit zwei Betten zu bekommen (für 8 Personen), so war dies, wie gesagt, nur für eine Nacht, am folgenden Tage mußte man wieder wandern — man wollte keine Kinder haben. Diese Menschenfreundlichkeit passierte ich zweimal dadurch, daß ich beim Mieten des Zimmers — es handelte sich um Parterrezimmer — 4 Kinder verleugnete und nur 2 angab. Tagsüber mußten sich meine Frau und die Kinder in den Anlagen oder auf der Straße aufhalten, abends ging meine Frau mit zwei Kindern ins gemietete Zimmer. Nachts gegen 10 Uhr oder 11 Uhr, nachdem die Vermieter zu Bett gegangen waren, kam ich mit den andern 4 Kindern — einmal sogar, weil die Hausleute gar nicht zu Bett gehen wollten, durchs Fenster . . . .

Man konnte natürlich nicht kochen, mußte unrationell leben; das Zimmer kostete die Nacht 2 bis 3 Mark und mehr, mein Tagesverdienst reichte nicht aus, die notwendigsten Bedürfnisse zu bestreiten. Wir konnten keine Wäsche wechseln, wir hungerten.

Es war keine Wohnung für dauernd aufzutreiben. Leute, die schon jahrelang in N. waren, kampierten, da eine entsetzliche Wohnungsnot herrschte, in Ställen, in Zelten und bei gutmütigen Bekannten.

An einem Sonntag gelang es mir, in einem zwei Stunden entfernten Dorfe ein leeres Häuschen zu mieten. Wir zogen hinunter; zwar hatte ich weder Betten noch Möbel, aber wir waren froh, endlich eine bleibende Stätte zu haben. Die Betten ersetzten uns einige Bund Stroh, die ich mir kaufte; daß ich morgens und abends 2 Stunden laufen mußte, nahm ich gerne mit in Kauf. Übrigens wurde mir das Häuschen, wie ich später erfuhr, auch nur überlassen, weil es Einheimische nicht mieten mochten, da mein Vorgänger lange an der Schwindsucht gelitten und daran auch gestorben war. Der Kranke hatte keinen Spucknapf benützt und die breiten Fugen im Fußboden seien mit Auswurf ausgefüllt gewesen. — Allein bald fiel es dem Besitzer des Häuschens auf, daß wir weder Möbel noch Betten hatten, die lieben Nachbarn tuschelten allerlei und ich hatte den Mietsvertrag nicht schriftlich abgeschlossen: der Hausbesitzer verlangte, ich solle für einen Monat Miete im voraus bezahlen, da ich das nicht konnte, ward ich nach drei Tagen ausgesetzt.

Nunmehr hatte ich Glück, in der Nähe der Ausstellung fand ich eine brave Frau, die Zimmer vermietete; einige ihrer Zimmerherren waren ihr untreu geworden; sie überließ mir gegen tägliche Vorausbezahlung ein Zimmer mit drei Betten. Aber nach wenigen Tagen war's wieder aus. Meine Frau, die hochschwanger war, brach einmal infolge der Strapazen und der ausgestandenen Angste zusammen und mußte einen Tag das Bett hüten. Die gute Zimmervermieterin fürchtete, daß ihr Zimmer zur Wochenstube würde — wir mußten eines Abends wieder gehen. Ich mußte tagsüber stramm arbeiten und meine Sinne beisammen haben — meine Arbeitsstelle mußte ich unter allen Umständen halten. Auf diese Weise konnte ich am Tage keine neue Unterkunft suchen und meine Frau war, weil sie nicht gehen konnte, auch nicht dazu imstande.

Es ward Nacht, eine schöne aber kühle Juninacht; wir befanden uns abseits von der Straße auf einem Steinmetzarbeitsplatz, inmitten bequemer und unbequemer Quadersteine in der Nähe der „Jubiläumsausstellung". Chaisen, Autos und Elektrische sausten vorüber, dicht besetzt mit fröhlichen Menschen, die den Abendveranstaltungen der Ausstellung zuströmten. Den Abendhimmel zierte im Westen ein herrliches Rot und im Osten blinkten zuweilen schon freundliche Sterne auf.

Auf Steinbrocken dicht zusammmengedrängt kauerten die Kinder, die zwei Kleinsten hatte die Mutter in den Armen. Wir waren obdachlos . . .

Wenn ich mich auf einer Polizeiwache melden und um Unterkunft bitten würde! Ich wußte zu genau, daß ich dann in wenigen Tagen die Ausweisung zu gewärtigen gehabt hätte, diese Praxis des Stadtmagistrats, die Wohnungsnot zu bekämpfen, war mir nicht unbekannt.

Nebenan stand ein im Rohbau ausgeführter Neubau. Es war mir bekannt, daß der Bau wegen Konkurs eingestellt war.

Eine kurze Rekognoszierung überzeugte mich, daß sich auf dem Speicher ein Nachtlager aufschlagen ließe. Ich trug Bretter, Zementsäcke und Späne, und was ich von derlei Dingen sonst noch fand, auf dem Speicher zusammen.

Nach kurzer Zeit hatten wir uns da oben unterm Ziegeldach gelagert. Allein trotz der Müdigkeit wollte sich kein Schlaf einstellen, es zog, die Nacht war kalt und der Glaser hatte unterlassen, den Baupekulanten die Fenster zu liefern. Die Kinder, die im Halbschlummer lagen, fröstelten und wimmerten zuweilen und von der Stelle, wo meine Frau lag, hörte ich manchmal ein unterdrücktes Stöhnen.

Vom nur wenige Minuten entfernten Ausstellungsplatze drang das Getöse der abendlichen Unterhaltung herüber. Es war „Haupttag". Von Zeit zu Zeit flammten die vielen Zehntausende von Glühlampen, die an den Giebeln und Längswänden, an den Türmchen und Erkern des Ausstellungsgebäudes angebracht waren und allerlei phantastische Figuren bildeten, auf, sodaß der ganze weite Ausstellungsplatz verschwenderisch mit Licht übergossen war. An verschiedenen Stellen spielten Militärmusiken. Im Hauptrestaurant war Extrafeier zu Ehren eines großen Gesangvereins, der aus dem nachbarlichen Österreich zum Besuch der Ausstellung gekommen war.

Musikstücke wechselten mit Gesangsvorträgen der fremden Gäste ab. Man hörte den Radetzkymarsch, dann wieder „Heil dir im Siegerkranz", dazwischen prasselten Raketen in die Luft, prächtiges Feuerwerk wurde abgebrannt. Eine Wasserfontäne, die ihre Strahlen hoch in die Luft hinaufsandte, ward zuweilen bengalisch beleuchtet. Man hörte Gläserklingen, Weiberlachen — fröhliche Rufe. Alt

einem Ausstellungsturm, der alle anderen Gebäude überragte, hatten die Siemens-Schuckert-Werke einen mächtigen Reflektor, der für ein stolzes Kriegsschiff bestimmt war, zur Reklame aufgestellt. Die Strahlenbündel des Reflektors beleuchteten auf weite Fernen das Gelände. Zuweilen wurde der Reflektor gedreht, manchmal senkten sich die grellen Lichtgarben auch rasch in die Tiefe, gleichsam als wollten sie die im verschwiegenen Buschwerk des Ausstellungsparkes kosenden Liebespärchen necken.

Irgend jemand hielt in einer der Festhallen eine Ansprache, darauf folgte ein Tusch, Hochrufen und langandauerndes, weithin schallendes Händeklatschen. Schließlich erklang vieltausendstimmig „Deutschland, Deutschland über alles".

Langsam beschrieb der Reflektor auf dem Turm einen Kreis und traf plötzlich auch unseren fensterlosen Dachboden. Der Zufall ließ die scharfen Lichtbündel hier länger weilen, das ganze Gebälk, die Latten und Ziegel, der mit Steinen, Sand, Mörtel und Abfall bedeckte Boden war mit Licht übergossen.

Enge aneinander gepreßt, zusammengekrümmt, mit blassen Gesichtern kauerten da teilweise auf den blanken Brettern, teilweise auf staubigen Zementsäcken, unbedeckt, neben der Mutter die sechs Kinder.

Ich atmete auf, als der Mann auf dem Turm dem Reflektor einen Ruck gab und die Nacht das Elend des Dachbodens wieder barg.

Stunden waren vergangen, längst herrschte auf dem Ausstellungsplatze Ruhe und Stille, indessen mich mied der Schlaf. Trotz der Nachtkühle war mir siedend heiß, in mir wallte der Zorn, flammte tiefste Empörung. . . .

Es war eine von jenen Nächten, in denen man das Hassen lernt. . . .

Offener Brief

eines Jugendfreundes an alle Kinder, die zu Ostern nicht „versetzt" werden.

Liebe Kinder!

Endlich geht das „lange Vierteljahr" seinem Ende entgegen. Ostern steht vor der Tür; und hinter ihm steht lachend der junge Frühling. Wer wollte sich da nicht freuen! Aber zwischen heute und eure Osterfreude schiebt sich leider ein trübes Ereignis, das leicht die ganze Freude vernichten kann: die Austeilung der Schulzeugnisse. Ahnst du schon, wie es werden wird? Hat man dir schon mitgeteilt, daß du „nicht versetzt" wirst? Und nun grübelst du fortwährend darüber nach, was du „dann" anfangen sollst? Gesteh es nur ruhig ein; es macht dir durchaus keine Schande. Hat sich kein Freund oder keine Freundin gefunden, denen gegenüber du von deinem Kummer reden könntest? Nun, dann will ich dein Freund sein. Reich mir deine Hand und schenke mir dein Vertrauen. Ich verstehe deine Sorge und will versuchen, dir wieder Mut zu machen.

Hast du im vergangenen Schuljahre deine Pflicht getan, soweit das in deinen Kräften stand? Nun, dann hast du nicht nötig, dir Vorwürfe zu machen, denn mehr als deine Pflicht hättest du nicht tun können. Es ist nicht deine Schuld, wenn dir die Kräfte mangelten. Freilich ist es bitter, wenn man nach ehrlichem Bemühen das erstrebte Ziel nicht erreicht; aber es wäre sehr töricht von dir, wolltest du nun die Flinte ins Korn werfen. Nun ist es Zeit, deine Willenskraft zu zeigen. Du bist noch jung und hast das ganze Leben noch vor dir. Also: Fange im nächsten Jahre mit frischen Kräften und frischem Mute von vorn an, dann wird es dir gelingen.

Vielleicht bist du der Meinung, du seiest in der Schule ungerecht behandelt; du habest es ebensogut verdient, versetzt zu werden, wie die andern. Bedenke aber dieses: Auch die Lehrer haben einen schweren Dienst; immerhin kann es vorkommen, daß sie bei der großen Zahl ihrer Schüler nicht allen in gleicher Weise gerecht werden; aber davon kannst du überzeugt sein: Wenn es sich darum handelt, ob ein Kind sitzen bleiben soll oder nicht, so wird kein Lehrer diese Entscheidung leichten Herzens treffen, sondern immer wird er so gerecht wie möglich urteilen. Wirf also die Verbitterung von dir; sie untergräbt das Vertrauen und erschwert deinen Lehrern und dir selbst die Arbeit.

Wahrscheinlich liegt die Schuld ganz wo anders, wo du sie gar nicht vermutest. Hast du eine „Stelle?" Ich kenne viele Kinder, die nachmittags, wenn eben nur der Unterricht beendet ist, sofort nach ihrer Stelle eilen müssen, von der sie erst gegen 9 Uhr abends nach Hause kommen; dann sind sie natürlich müde und abgespannt und haben keine Lust mehr, Schularbeiten zu machen, weil sie — keine Kraft mehr dazu haben. Ist es so mit dir gewesen? Oder hast du vielleicht im Hause tüchtig mit zugreifen müssen, daß dir häufig nicht Zeit und Kraft blieb, deine Schularbeiten mit Sorgfalt zu erledigen? Mach deinen Eltern keinen Vorwurf daraus. Später, wenn du älter geworden bist, wirst du einsehen, daß sie auf deine Hilfe nicht verzichten konnten; sie leiden noch viel schwerer als du unter der Not der Zeit.

Dann sollte aber doch, so meinst du vielleicht, die Schule Rücksicht nehmen auf die trüben Verhältnisse in der Arbeiterfamilie. Du hast recht: Ja, das sollte sie; und wenn sie es nicht genügend tut, so ladet sie eine schwere Schuld auf sich.

Aber wir haben bis jetzt noch immer nicht von einem Fall gesprochen, der doch auch möglich ist; ich meine nämlich den Fall, daß du selber die wesentliche Schuld an deinem Mißgeschick trügest? Wie steht's damit? Du selber mußt das ja am besten wissen, und es wäre doppelt töricht, wenn du etwa versuchen wolltest, dich selber zu belügen. Es wird dir auch nie gelingen. Angenommen, du habest es in der Schule häufig an dem nötigen Fleiß, an Aufmerksamkeit und Ordnung, oder gar, was weit schlimmer ist, an dem guten Betragen fehlen lassen. Auch dann will ich dir keinen Vorwurf machen. Nur bitten will ich dich, dir deine Mängel ehrlich einzugestehen. Das m u ß t du tun; nur dann ist eine Umkehr möglich. Was? Du hast doch einen Willen! Und wo ein Wille ist, da findet sich auch ein Weg. Nur willensschwache Menschen lassen sich von ihrem Kummer unterkriegen und tun dann etwas, wodurch sie ihre Menschenwürde zerstören und ihren Eltern unendliches Herzeleid zufügen. Solche Gedanken darfst du in deiner Seele nicht aufkommen lassen. Dazu mußt du zu stolz sein. Was du im verflossenen Jahre versäumt hast, das kannst du mit Leichtigkeit wieder einholen. Laß dir dein Mißgeschick eine Warnung sein! Dann ist nichts verloren. Die meisten Menschen müssen mehrere Male laufen, ehe sie ans Ziel gelangen.

Und nun bedenke noch eins, du Arbeiterkind: Du siehst wie Vater und Mutter in ununterbrochenem harten Kampfe dem Leben das Notwendigste abringen müssen; und du hast auch schon gehört und gelesen, wie die Arbeiter sich zusammenscharen, und vereint gegen Ausbeutung und Unterdrückung um ein menschenwürdiges Dasein kämpfen.

Arbeiter sein, heißt kämpfen. Du wirst dereinst auch eintreten in die große Armee der Arbeiter und Arbeiterinnen. Also halte deine Kräfte frisch, stähle deinen Willen! Ein rechter Arbeiter darf nie verzagen.

Und nun: Kopf hoch, liebe Freunde, und Augen klar! Der Frühling steht draußen und will herein. Wer weiß, was noch alles werden mag!

Mit treuem Händedruck

Euer alter Freund.

Für unsere Frauen.

Dienstboten und Scharfmacher.

Es ist eine täglich wiederkehrende und durchaus logische Erscheinung, daß der Kampf der Scharfmacher gegen die Arbeiterbewegung und deren einzelne Zweige sich im gleichen Grade erbitterter und heftiger gestaltet, in dem die einzelnen Zweige oder auch die ganze Klasse zum Bewußtsein ihrer politischen und sozialen Stellung erwachen. Zwar sind und waren die Scharfmacher zu fast allen Zeiten und in allen wirtschaftlich erschlossenen Ländern heimisch — tauchten sie doch im Gefolge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwickelung gewissermaßen als deren notwendige Reflexerscheinung, gleichzeitig aber auch als Faktor in den sich anbahnenden sozialen und politischen Kämpfen auf — da ihnen jedoch — wie allen Parteien — der Grad ihrer jeweiligen Machtstellung unabhängig von ihnen von den entscheidenden Kräften im wirtschaftlichen und politischen Kampfe diktiert wurde, so mußte sich notwendigerweise auch die Taktik ihrer Kriegsführung, ob gewollt oder ungewollt, diesem Spruche unterordnen. Die jeweilige Taktik der Scharfmacher läßt somit zweifellos interessante Rückschlüsse nicht nur auf die Kraftstellung der Parteien, sondern auch auf die zunehmende Entwickelung des proletarischen Klassenkampfes auf den verschiedenen Gebieten des Wirtschaftslebens zu. Sie zeigt mit untrüglicher Sicherheit an, wie es um die Zunft steht: je gehässiger, je niederträchtiger — um so schlimmer; wo die Niedertracht am größten — das ist das Zeichen —, da gewinnt die Arbeiterbewegung das meiste Terrain.

So hartnäckig wir sie also einerseits bekämpfen und so verächtlich sie an sich auch sein mag, so gern konstatieren wir doch andererseits die immer zunehmende Scharfmacherarbeit auch auf dem Gebiete der Dienstbotenbewegung als sicheres Anzeichen, daß wir auch dort immer mehr Boden fassen. Ob und wie lächerlich sich unsere Gegner bei dieser Arbeit machen, soll uns wenig kümmern. Für heute ein Beispiel aus der „S t r a ß b u r g e r P o s t", das dieser — o heilige Einfalt! — angeblich von einer „Hausfrau in Heidelberg" zugegangen ist und selbstredend auch von Berliner und anderen Scharfmacherblättern mit Freuden begrüßt wurde. Es lautet:

„Dort ließ ein Dienstmädchen dieser Tage in einem Blatte folgende Anzeige einmal erscheinen: „Tüchtiges Alleinmädchen, 22 Jahre alt, das gut bürgerlich kochen kann und alle Hausarbeit versteht, 3 Jahre lang in einer Beamtenfamilie in K. war, sucht gute Stelle auf 1. März. Gefl. Anträge mit Lohnangabe unter Chiffer . . . Postlagernd erbeten." — Nicht weniger als 45 Anerbieten liefen ein. Davon wurden 40 als ungenügend beiseite gelegt, teils wegen zu geringen Lohnes, teils wegen nicht zusagender Stadtviertel oder aus anderen Gründen, wie Wohnung in einem oberen Stock usw. Fünf Anträge, selbstverständlich mit höchstem Lohnangebot, kamen in die engere Wahl. Die fünf Damen erhielten nun ein gleichlautendes Schreiben, worin das Mädchen ankündigte, daß sie sich am nächsten Sonntag von 2 bis Uhr vorstellen werde. Nach gründlicher Nachforschung über die Arbeit in den einzelnen Häusern, über die Zahl der Bewohner, über von Zeit zu Zeit eintretende Lohnerhöhungen, über Geschenke an bestimmten Jahreszeiten, über Sonntagsnachmittagsausgänge und Sommerferien und Sonstiges stellte das stellensuchende Mädchen die Gewissensfrage: Sie verlange zu erfahren, ob man sie annehme, wenn sie sich entschlösse zuzusagen. Denn, bemerkte sie, sie habe fünf angebotene gute Stellen, davon wolle sie sich die beste auswählen, müsse sich aus diesem Grunde also die Entscheidung vorbehalten. Tags darauf erhielten vier Hausfrauen eine Postkarte mit folgendem Wortlaut: „Ich bedauere, Ihnen mitteilen zu müssen, daß meine Wahl nicht auf Sie gefallen ist."

Ein Kommentar erübrigt sich eigentlich; wir dürften denn nicht wissen, wie jeder, selbst der läppischste Unsinn von den Scharfmachern aller Schattierungen heißhungrig aufgegriffen wird, sobald sie nur glauben, der Arbeiterbewegung — und der der Dienstboten insbesondere — eins auswischen zu können. Interessant aber ist doch der niederträchtige, gehässige Ton und die ohnmächtige Wut, daß endlich auch die Dienstboten sich auf ihre Menschenrechte besonnen haben — gewiß der beste Beweis, daß wir auch hier marschieren.

Rettet den „Rechtsstaat"!

Die in L e i p z i g erscheinende „Deutsche Frauenzeitung" richtet im Namen der „Religion des Erbarmens" zugunsten der Witwe des ermordeten Arbeiters H e r r m a n n in Berlin einen Appell an ihre Leser, der notleidenden Frau Hilfe zu leisten. Nach Schilderung der tatsächlichen Ereignisse, die den Tod Herrmanns herbeiführten, heißt es in dem Aufruf:

Die in sehr ärmlichen Verhältnissen lebende Witwe hat weder für sich noch für ihre Kinder Unterstützung erhalten. Schnelle, private Hilfe tut not, denn die Berliner Polizei ist königlich, also nicht städtisch, und das Gesetz vom Jahre 1855 erkennt nur einen Anspruch dem „V e r l e t z t e n" zu, nicht aber den Hinterbliebenen eines G e t ö t e t e n. Der Magistrat von Berlin erkennt gleichfalls einen Rechtsanspruch der Witwe nicht an, weil die Polizei in Berlin staatlich und nicht städtisch ist; die Stadt Berlin muß zwar die Gehälter für die Berliner Polizeibeamten aufbringen, hat aber sonst keinerlei Einfluß. So steht die Witwe mit ihren Kindern ohne Rechtsschutz da. Der Berliner Polizeipräsident, Herr von Jagow, hat sogar noch nicht einmal sein Bedauern der Witwe gegenüber ausgesprochen, womit er sich, wie durch die Untersuchung festgestellt worden ist, nichts vergeben hätte. *Justitia fundamentum regnorum.* (Das Recht ist das Fundament der Königreiche.) Das ist eine uralte Satzung, d e s h a l b muß schnelle Hilfe geleistet werden, d a m i t d a s B e w u ß t s e i n, d a ß w i r i n e i n e m R e c h t s s t a a t l e b e n, n i c h t S c h a d e n l e i d e, denn an die Stelle der bisherigen Rechtssicherheit würde in weite Volkskreise die Verbitterung treten. Frau Anna Herrmann wohnt in Berlin NW., Wiclefstraße 81, 4 Treppen, wohin Unterstützungen zu senden sind. Frau Herrmann ist eine arbeitsame, ehrenhafte Frau, die in ihrer großen Bedrängnis Hilfe verdient. Hier handelt es sich nicht um irgendeine Parteifrage, sondern um eine unabweisbare Pflicht, die aus der R e l i g i o n d e s E r b a r m e n s entspringt.

Die Redaktion der Deutschen Frauenzeitung scheint aus recht schlechten Musikanten zu bestehen, daß sie sich einbildet, das Ansehen des preußisch-deutschen „Rechtsstaats" könne gerettet werden, wenn die private Wohltätigkeit die Verpflichtungen übernimmt, deren Erfüllung in einem wirklichen Rechtsstaat die allerselbstverständliche Pflicht dieses Staates sein müßte. Wir vermuten, daß das gerade Gegenteil des mit dem Aufruf gewollten Zweckes eintritt, zumal die Vorenthaltung der Hilfe für die Witwe des Ermordeten noch nicht einmal die schlimmste Seite des Falles Herrmann ist. Die Tatsache, daß man heute — s e c h s M o n a t e n a c h d e r T a t! — noch nicht einmal die Mörder entdeckt hat, ist für den „Rechtsstaat" Preußen sicher noch viel kompromittierender als die Verweigerung der Unterstützung an die Hinterbliebenen des Getöteten. Und hier hilft sicher kein Appell an die christliche Hilfsbereitschaft.

Frauenlöhne.

Dem Vorgehen der Gewerkschaften folgend, bequemen sich nun auch Unternehmer dazu, Beiträge für die Lohnstatistik zu liefern. Das sollte eigentlich nicht nötig sein; eine eingehende Lohnstatistik, um über die einschlägigen Verhältnisse zu unterrichten, wäre Aufgabe des Staates. Aber die bekannte Scharfmacherecke setzt dergleichen Bestrebungen Widerstand entgegen. Daher muß man sich wohl oder übel mit den privaten Erhebungen begnügen. Die Natur der Sache bedingt es, dem, was die Unternehmer auf diesem Gebiete leisten, mit einer gewissen Vorsicht zu begegnen. Man braucht nicht an Fälschungen zu denken, aber eine Sucht zu Schönfärbereien darf man doch wohl voraussetzen. Auf jeden Fall erlauben die Erhebungen aber doch, wenn sie nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden, Vergleichsurteile. Und da liefert die von der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie, mit der von dem Syndikus der Süddeutschen Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft, Sektion III, für das Jahr 1906 aufgenommenen Lohnstatistik einen neuen Beitrag zu dem Kapitel von der schlechteren Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft. Vorweg muß bemerkt werden, als Abwehr des bekannten Einwandes von der Minderwertigkeit der Frauenarbeit, daß die Arbeiterinnen in dieser Industrie sehr viel Qualitätsarbeit leisten. Das beweist schon ein Blick auf die Struktur der Arbeiterschaft. Von den Personen, die die Erhebung umfaßt, waren 20 811 männlichen, 11 848 weiblichen Geschlechts, darunter 2778 männliche und 1507 weibliche Lehrlinge. Und die Lohnverhältnisse? Für die männlichen Personen beträgt der durchschnittliche Tagelohn 3,48 Mark, für die Arbeiterinnen 2,89 Mark. Die Frauenlöhne bleiben also weit hinter den Männerlöhnen zurück. Daß die schlechtere Entlohnung der Arbeiterinnen eine Geschlechtsstrafe ist, besagt die Differenz in den Löhnen für Männer und Frauen innerhalb der gleichen Berufsgruppe. So verdienen Kettenmacher im Durchschnitt 4 Mk., Kettenmacherinnen aber nur 2,08 Mk. Hier bekommt die Arbeiterin nur etwas mehr als die Hälfte des Lohnes der Männer. Dabei ist zu konstatieren, daß in dem letzten Jahrzehnt teilweise sogar noch die Tendenz einer Steigerung der Lohndifferenzen hervorsticht. Nur die Löhne der weiblichen Lehrlinge sind etwas stärker gestiegen als die der männlichen Lehrlinge. Für diese erhöhte sich in der angegebenen Zeit der Lohn von 98 auf 115 Pfg. Die weiblichen Lehrlinge erzielten eine Aufbesserung von 77 auf 100 Pfg. Im übrigen schwanken die Steigerungen bei den Männerlöhnen zwischen 27,7 bis 42,5 Prozent, während die Löhne der Arbeiterinnen eine Aufbesserung von nur 26,9 bis 41,5 Proz. erfuhren. Man sieht, die vielgerühmte Hochachtung vor dem Weibe — wenn es Arbeiterin ist, hört beim Portemonnaie vollständig auf. Dem Kapitalisten ist die verschärfte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft ein Mittel, für sich selbst goldene Rosen im irdische Leben zu winden. Mag die Arbeiterin dabei ruhig zugrunde gehen. Das ist göttliche Weltordnung! Bemerkenswert ist noch, daß, für Männer und Frauen gleich, die Löhne in den größeren Betrieben am höchsten sind. Es betragen z. B. die Durchschnittslöhne für Arbeiterinnen in Kleinbetrieben 2,28 Mk., in Mittelbetrieben 2,80 Mk. und in Großbetrieben 2,45 Mk. Die kleinen Betriebe, die sehr oft mit rückständigen technischen Einrichtungen arbeiten, suchen ihre Selbständigkeit auf Kosten der Arbeiterlöhne zu erhalten.